

1996

Ausgegeben zu Bonn am 26. Januar 1996

Nr. 3

Tag	Inhalt	Seite
19. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 26. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE2	50
19. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jamaika über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen	58
19. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. November 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen ... GESTA: XE1	66
19. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 15. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	75
19. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 2. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	85
19. 1. 96	Gesetz zu dem Vertrag vom 20. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	94
17. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen	103
6. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland	107
7. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung	107
7. 12. 95	Bekanntmachung des deutsch-malawischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	108
8. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	109
11. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	110
12. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	111
12. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	111
14. 12. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins	112

Gesetz
zu dem Vertrag vom 26. Juni 1991
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Mongolischen Volksrepublik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 19. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 26. Juni 1991 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Mongolischen Volksrepublik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Холбооны Бүгд Найрамдах Герман улс,
Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын
Хоорондын Хөрөнгө Оруулалтыг
Хөхүүлэн Дэмжих, Харилцан Хамгаалах Тухай Гэрээ**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Mongolische Volksrepublik,
im folgenden Vertragsparteien genannt, –

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс
ба
Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улс
(цаашид Хэлэлцэн тохирогч Талууд гэх)

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

хоёр улсын хоорондын эдийн засгийн хамтын ажиллагааг гүнзгийрүүлэхийг хүсч,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

аль аль улсын иргэд болон компаниас нөгөө улсын нутаг дэвсгэрт хөрөнгө оруулахад тааламжтай нөхцөл бүрдүүлэхийг эрмэлзэн,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

ийнхүү хөрөнгө оруулалт хийх явдлыг хөхүүлэн дэмжих, гэрээгээр хамгаалах нь хувийн салбарт ажил хэргийн санаачилгыг идэвхжүүлэх, улмаар хоёр орны ард түмний аж байдлыг дээшлүүлэх болно гэдгийг хүлээн зөвшөөрч,

haben folgendes vereinbart:

дорхи зүйлийг хэлэлцэн тохиров.

Artikel 1

Нэгдүгээр зүйл

Für die Zwecke dieses Vertrags

Энэхүү Гэрээний:

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

1) „хөрөнгө оруулалт“ гэсэн нэр томъёогоор бүх төрлийн үнэ өртөг бүхий зүйл, ялангуяа

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen.

a) хөдлөх ба үл хөдлөх хөрөнгө, тэрчлэн эд хөрөнгийн дэнчин, барьцаа зэрэг өмчийн бусад аль ч эрх,

b) компаний хувьцаа болон компаний талаарх ашиг сонирхлын бусад хэлбэр,

в) эдийн засгийн өртөг үүсгэхэд зарцуулсан мөнгө болон эдийн засгийн өртөг бүхий аль ч ажил үүргийн биелэлтийг шаардах эрх,

г) зохиогчийн эрх, патент, хэрэглээний болон сурталчилгааны загварууд, барааны тэмдэг, пүүсийн нэр, пүүсийн болон ажил хэргийн нууц, техникийн ажиллабар, ноу-хау, пүүсийн нэр хүнд зэрэг оюуны өмчийн эрхүүд,

д) хууль тогтоомжийн дагуу үйл ажиллагаа явуулах зөвшөөрөл (концесс), тухайлбал байгалийн баялгийг эрж хайх, боловсруулах, ашиглах зөвшөөрлийг хэлнэ.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Хөрөнгө оруулсан үнэ өртөг бүхий зүйлийн хэлбэрийн өөрчлөлт тэдгээрээс хөрөнгө оруулалт гэсэн ангилалд багтах явдалд үл нөлөөлнө;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2) „өгөөж“ гэдгээр ашиг, ногдол ашиг, хүү, шан харамж буюу шагнал зэрэг тодорхой хугацаанд хөрөнгө оруулалтын үр дүнд олсон орлогыг нэрлэнэ;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

3) „иргэн“ гэсэн нэр томъёогоор

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

a) Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын Үндсэн хуульд тодорхойлон заасан германчуудыг хэлнэ,

- b) in bezug auf die Mongolische Volksrepublik:
Mongolen im Sinne der Verfassung der Mongolischen Volksrepublik;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Mongolische Volksrepublik:
jede wirtschaftliche Vereinigung, die nach den Gesetzen der Mongolischen Volksrepublik gegründet worden ist und ihren Sitz in der Mongolischen Volksrepublik hat.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet zugelassen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, sowie Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Die in Absatz 1 genannte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorteile, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der vollständigen Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich

б) Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хувьд Үндсэн хуульд дурдсан Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын иргэдийг хэлнэ;

4) „компани“ гэсэн нэр томъёогоор

а) Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын нутаг дэвсгэрт оршдог хуулийн аль ч этгээд, тэрчлэн хууль зүйн шинжтэй эсхүл хууль зүйн шинжгүй арилжааны буюу бусад аль ч компани эсвэл нэгдлүүдийг,

б) Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хувьд Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын нутаг дэвсгэрт оршдог, түүний хууль тогтоомжийн дагуу байгуулсан аж ахуйн нэгжүүдийг хэлнэ. Тэдгээрийн үйл ажиллагаа ашиг олох зорилгыг агуулсан буюу агуулаагүй байж болно.

Хоёрдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний нутаг дэвсгэрт хөрөнгө оруулалт хийх явдлыг аль болох хөхүүлэн дэмжиж, ийнхүү оруулж буй хөрөнгийг хууль тогтоомжийнхоо дагуу хүлээн зөвшөөрнө. Ийнхүү хийж буй хөрөнгө оруулалтад аль ч тохиолдолд шударга, эрх тэгш хандана.

2. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний нутаг дэвсгэрт оруулсан хөрөнгөө эзэмших, ашиглах, захиран зарцуулахад нь үндэслэлгүй саад тотгор учруулж, ялгаварлан гадуурхахгүй.

3. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын нутаг дэвсгэрт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний хууль тогтоомжийн дагуу хийхийг зөвшөөрсөн хөрөнгө оруулалт нь энэхүү Гэрээний бүрэн хамгаалалтад байна.

Гуравдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал түүний нутаг дэвсгэрт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаний эзэмшдэг эсвэл хяналт тавьдаг хөрөнгө оруулалт, түүнчлэн хөрөнгө оруулалттай холбогдсон үйл ажиллагаа явуулахад нь өөрийн эсхүл гуравдагч аль ч улсын иргэд буюу компаний хөрөнгө оруулалт, түүнчлэн хөрөнгө оруулалттай холбогдсон үйл ажиллагаа явуулахад нь олгодгоосоо дутуугүй тааламжтай нөхцөл олгоно.

2. 1 дэх заалтад дурдсан нөхцөл нь Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талаас гишүүнээр нь элссэн эсвэл хамтарч ажилладаг гаалийн буюу эдийн засгийн холбоо, нэгдсэн зах зээл эсхүл чөлөөт худалдааны бүсийн гишүүн бусад улсын иргэд буюу компанид олгодог давуу талд хамаарахгүй.

3. Энэ зүйлийн дагуу олгосон нөхцөл нь давхар татвараас чөлөөлөх тухай хэлэлцээр, татвартай холбогдсон бусад гэрээ хэлэлцээрийн дагуу Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талаас гуравдагч улсуудын иргэд буюу компанид олгодог давуу талд хамаарахгүй.

Дөрөвдүгээр зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компаний хийсэн хөрөнгө оруулалт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт бүрэн хамгаалалт, аюулгүй байдалд байна.

2. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компаний хөрөнгө оруулалтыг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт зөвхөн нийгмийн эрх ашгийн үүднээс болон нөхөн төлбөр хийх үндсэн дээр дайчлан гаргуулах буюу улсын өмч болгох, эсхүл дайчлан гаргуулах буюу улсын өмч болгохтой ижил төстэй үр дагавар бүхий бусад арга хэмжээнд хамааруулж болно. Нөхөн төлбөрийн хэмжээ нь тухайн эд хөрөнгийн дайчлан гаргуулах, улсын өмч болгох буюу тэдгээртэй ижил төстэй арга хэмжээнд хамрагдах эсхүл хамрагдаж болзошгүй нь олон нийтэд мэдэгдэхийн өмнөх үеийн үнэ өртөгтэй дүйх болно. Нөхөн төлбөрийг саадгүй хийж гүйцэтгэх бөгөөд түүнийг төлж дуусах хүртэлх

verwertbar und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, der Verstaatlichung oder der vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- der Erträge;
- zur Rückzahlung von Darlehen;
- des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 5 oder nach Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

хугацаанд банкны ердийн хүүг нэмж төлнө. Нөхөн төлбөр нь үр ашигтай зарцуулах, чөлөөтэй гуйвуулах боломжтой байна. Дайчлан гаргуулах, улсын өмч болгох эсхүл тэдгээртэй ижил төстэй аль ч арга хэмжээ нь хууль зүйд нийцэж байгаа эсэх, мөн түүнчлэн нөхөн төлбөрийн хэмжээ нь зохистой эсэхийг хууль тогтоомжийн дагуу хянуулах боломжтой байна.

3. Дайн болон бусад зэвсэгт мөргөлдөөн, хувьсгал буюу бослого гарах, эсхүл үндэсний онцгой байдал зарласны улмаас Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компаниас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт хийсэн хөрөнгө оруулалтад хохирол учрахад хүрвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал хохирлыг арилгах, түүнээс сэргийлэх, хохирлыг нөхөн төлөх буюу түүний зохицуулалттай холбогдсон бусад арга хэмжээг авахдаа өөрийн иргэд буюу компанид олгодогсоо дутуугүй тааламжтай нөхцөлийг хохирол учирч буй иргэд буюу компанид олгоно. Үүнээс үүдсэн төлбөрийг чөлөөтэй гуйвуулна.

Тавдугаар зүйл

Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр хөрөнгө оруулалттай холбогдсон, тухайлбал дараах төлбөрийг чөлөөтэй гуйвуулах баталгааг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компанид өгнө. Үүнд:

- хөрөнгө оруулалтыг хэвээр байлгах буюу өргөтгөхөд зарцуулсан үндсэн болон нэмэгдэл хөрөнгө;
- өгөөж;
- зээлийн төлбөр;
- хөрөнгө оруулалтыг бүхэлд нь буюу хэсэгчлэн худалдах эсхүл татан буулгаснаас олсон орлого;
- дөрөвдүгээр зүйлд дурдсан нөхөн төлбөр зэрэг болно.

Зургадугаар зүйл

Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талаас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт хийсэн хөрөнгө оруулалтад өгсөн баталгааныхаа дагуу өөрийн аль ч иргэд буюу компанид төлбөр төлж байгаа бол Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал нь эдгээр иргэд буюу компаний аль ч эрх буюу шаардах эрх төлбөр төлж байгаа Хэлэлцэн Тохирогч Талд хууль тогтоомжийн дагуу эсхүл хууль ёсны хэлцлийн дагуу шилжсэнийг хүлээн зөвшөөрөх бөгөөд энэ нь аравдугаар зүйлд дурдсан Хэлэлцэн тохирогч тухайн Талын эрхэд харшлахгүй болно. Түүнчлэн Хэлэлцэн тохирогч тухайн Тал шилжүүлж авсан аль ч эрх буюу шаардах эрхээ (цаашид шилжсэн шаардах эрх гэх) тэдгээрийг залгамжлуулагчийн нэг адил эдлэхийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө тал зөвшөөрнө. Ийнхүү шилжсэн шаардах эрхийн дагуу хийх төлбөрийг гуйвуулахад дөрөвдүгээр зүйлийн 2, 3 дахь заалт, тэрчлэн тавдугаар зүйлийг тус тус баримтална.

Долдугаар зүйл

1. Дөрөвдүгээр зүйлийн 2 буюу 3, тав буюу зургадугаар зүйлд дурдсан гуйвуулгыг тухайн үеийн ханшаар тооцож, саадгүй хийнэ.

2. Энэхүү ханш нь тухайн төлбөрийг хийх үед Олон улсын валютын сангаас тусгай эрхэд хамрагдсан валютыг хөрвүүлэхдээ баримтлах ханшуудтай зохицсон байна.

Наймдугаар зүйл

1. Хэрэв Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хууль тогтоомжийн заалт эсхүл Хэлэлцэн тохирогч талуудаас олон улсын эрхийн дагуу энэхүү Гэрээнд нэмэлт болгож хүлээх эсвэл цаашид хүлээж болох үүргүүд нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаний хөрөнгө оруулалтад илүү тааламжтай нөхцөл олгосон нийтлэг буюу тодорхой заалттай байвал эдгээр заалтыг энэхүү Гэрээнээс илүү тааламжтай нөхцөл тогтоосон хэсэгт нь дагаж мөрдөнө.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für noch bestehende Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

2. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний нутаг дэвсгэрт хийсэн хөрөнгө оруулалттай холбогдуулан хүлээсэн аль ч үүргээ дагаж биелүүлнэ.

Есдүгээр зүйл

Энэхүү Гэрээ нь түүнийг хүчин төгөлдөр болохоос өмнө Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компаниас Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө талын Нутаг дэвсгэрт түүний хууль тогтоомжийн дагуу хийсэн бөгөөд бэлэн байгаа хөрөнгө оруулалтад нэг адил хамаарна.

Аравдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч Талуудын хооронд энэхүү Гэрээг тайлбарлах буюу дагаж мөрдөхөөс үүдэн гарсан санал зөрөлдөөнийг Хэлэлцэн тохирогч хоёр Талын Засгийн газрууд аль болох шийдвэрлэхийг эрмэлзэнэ.

2. Хэрэв санал зөрөлдөөнийг ийнхүү шийдвэрлэж чадаагүй бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хүсэлтээр арбитрын шүүхэд мэдүүлнэ.

3. Арбитрын шүүхийг хэрэг тус бүрээр байгуулна. Ингэхдээ Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр шүүхийн нэг нэг гишүүнийг томилох бөгөөд эдгээр хоёр гишүүн нь гуравдагч аливаа орны иргэдээс даргыгаа сонгож, түүнийг Хэлэлцэн тохирогч хоёр Талын Засгийн газар батлан томилно. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал маргааныг арбитрын шүүхэд оруулах бодолтой байгаагаа Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талдаа мэдэгдсэнээс хойш шүүхийн гишүүдийг 2 сарын дотор, даргыг 3 сарын дотор томилсон байна.

4. Хэрэв 3 дахь заалтад дурдсан хугацааг баримтлаагүй бөгөөд өөр ямар нэг Тохиролцоонд хүрч чадаагүй бол Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал нь Олон улсын шүүхийн даргад хандаж шаардлагатай томилолт хийхийг хүсч болно. Хэрэв уг дарга Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Талын иргэн байх буюу бусад шалтгаанаар дээрх үүргийг гүйцэтгэж чадахгүй бол түүний орлогчоор шаардлагатай томилолтыг хийлгэх ёстой. Харин орлогч дарга Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Талын иргэн байх буюу бусад шалтгаанаар уг үүргийг гүйцэтгэж чадахгүй бол Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэн биш бөгөөд Олон улсын шүүхийн удаахь зиндааны гишүүн шаардлагатай томилолтыг хийнэ.

5. Арбитрын шүүхийн шийдвэрийг олонхийн саналаар гаргана. Эдгээр шийдвэрийг заавал биелүүлнэ. Хэлэлцэн тохирогч тал бүр өөрийн сонгосон гишүүний болон арбитрт өөрийгөө төлөөлснийхээ зардлыг хариуцна. Даргын болон үлдэж буй бусад зардлыг Хэлэлцэн тохирогч Талууд тэнцүү хувааж даана. Арбитрын шүүх зардлыг өөр хувиар хуваан хариуцуулж болно. Арбитрын шүүх энд дурдсанаас бусад бүх асуудлаар дэгээ тогтооно.

6. Хэрэв Хэлэлцэн тохирогч хоёр Тал Улс болон бусад улсын иргэдийн хоорондын хөрөнгө оруулалтын маргааныг шийдвэрлэх тухай 1965 оны 3 дугаар сарын 18-ны Конвенцийн Хэлэлцэн тохирогч Талууд мөн бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч нэг Талын иргэд буюу Компани болон Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал дурдсан Конвенцийн 25 дугаар зүйлийн дагуу харилцан тохирсон тохиолдолд уг конвенцийн 27 дугаар зүйлийн 1 дэх заалтыг үндэс болгон дээр дурдсан арбитрын шүүхэд хандахгүй байж болно. Гэвч энэ нь дурдсан конвенцийн дагуу байгуулсан арбитрын шүүхийн шийдвэр түүний 27 дугаар зүйлд нийцэхгүй байх эсхүл энэхүү Гэрээний зургадугаар зүйлд дурдсанчлан шаардах эрх хууль тогтоомж эсхүл хууль ёсны хэлцлийн дагуу шилжиж байгаа тохиолдолд дээрх заалтуудад дурдсан арбитрын шүүхэд хандах явдлыг үгүйсгэхгүй.

Арван нэгдүгээр зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч аливаа Тал болон Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компанийн хооронд хөрөнгө оруулалтаас үүдэн гарч буй санал зөрөлдөөнүүдийг маргаанд оролцогч талууд нь аль болох эвийн журмаар шийдвэрлэх үүрэгтэй.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Schiedsverfahren. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Ulan Bator ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 26. Juni 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mongolischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсыг Төлөөлж
Genschner

Für die Mongolische Volksrepublik
Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсыг Төлөөлж
Gombosuren

2. Хэрэв санал зөрөлдөөнийг түүнд оролцогч аль нэг тал хөндөж тавьснаас хойш 6 сарын хугацаанд шийдвэрлэж чадаагүй бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаний хүсэлтээр арбитрын журмаар шийдвэрлүүлнэ. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр арбитрын журмыг хүлээн зөвшөөрснөө үүгээр тунхаглаж байна. Маргаанд оролцогч талууд өөрөөр тохиролцоогүйгээс бусад тохиолдолд аравдугаар зүйлийн 3-5 дахь заалтыг тус тус баримтална. Тэгэхдээ маргаанд оролцогч талууд арбитрын шүүхийн гишүүдийг аравдугаар зүйлийн 3 дахь заалтын дагуу томилох бөгөөд аравдугаар зүйлийн 3 дахь заалтад дурдсан хугацааг баримтлаагүй хийгээд бусад тохиролцоонд хүрээгүй нөхцөлд шаардлагатай томилолт хийхийг Парис дахь Олон улсын худалдааны танхимын дэргэдэх Олон улсын арбитрын шүүхийн даргаас хүснэ. Арбитрын шийдвэрийг дотоодын хууль тогтоомжийн дагуу гүйцэтгэнэ.

3. Маргаанд оролцож буй Хэлэлцэн тохирогч тал нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компани учирсан хохирлоо даатгалын контрактын үндсэн дээр бүрэн буюу хагас нөхөн төлүүлсэн гэдэг шалтгаанаар арбитрын хурлын үлээр буюу түүний шийдвэрийг гүйцэтгэх явцад эсэргүүцэл илэрхийлж болохгүй.

4. Хэлэлцэн тохирогч Талууд Улс болон бусад улсын иргэдийн хоорондын хөрөнгө оруулалтын маргааныг шийдвэрлэх тухай 1965 оны 3 дугаар сарын 18-ны өдрийн Конвенцийн Хэлэлцэн тохирогч Талууд болсон тохиолдолд маргаанд оролцогч талуудын хооронд энэ зүйлийн дагуу гарсан санал зөрөлдөөнийг Хэлэлцэн тохирогч Талууд өөрөөр тохиролцоогүйгээс бусад тохиолдолд дээр дурдсан конвенцийн дагуу арбитрт мэдүүлнэ. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр уг дэгийг хүлээн зөвшөөрснөө үүгээр нотолж байна.

Арван хоёрдугаар зүйл

Энэхүү Гэрээ нь Хэлэлцэн тохирогч Талуудын хооронд дипломат буюу консулын харилцаа байгаа эсэхийг үл харгалзан хүчин төгөлдөр хэвээр байна.

Арван гуравдугаар зүйл

1. Энэхүү гэрээг соёрхон батална. Батламж жуух бичгийг аль болох ойрын хугацаанд Улаанбаатар хотноо солилцоно.

2. Энэхүү гэрээ батламж жуух бичиг солилцоноос хойш нэг сарын дараа хүчин төгөлдөр болно. Энэхүү Гэрээ нь 10 жилийн хугацаанд хүчинтэй байх бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Тал түүнийг цуцлах тухайгаа 12 сарын өмнө бичгээр мэдэгдээгүй бол цаашид тодорхой бус хугацаагаар хүчин төгөлдөр хэвээр байна. 10 жилийн хугацаа өнгөрсөн нөхцөлд Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал 12 сарын өмнө бичгээр мэдэгдэх замаар хэдийд ч энэхүү Гэрээг цуцалж болно.

3. Энэхүү Гэрээ хүчин төгөлдөр байх хугацаанд хийсэн хөрөнгө оруулалтын хувьд түүний 1-12 дугаар зүйлийн заалтуудыг энэхүү Гэрээ хүчин төгөлдөр бус болсон өдрөөс хойш 20 жилийн турш дагаж мөрдөнө.

1991 оны 6 дугаар сарын 26-ны өдөр Бонн хотноо герман, монгол хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх хувиуд нь адил хүчинтэй байна.

Protokoll

Протокол

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хоорондын хөрөнгө оруулалтыг хөхүүлэн дэмжих, харилцан хамгаалах тухай Гэрээнд гарын үсэг зурж буй бүрэн эрхт төлөөлөгчид нь дурдсан Гэрээний салшгүй хэсэг болох дараах тодотгол заалтуудыг нэмж тохиролцов. Үүнд:

1. Нэгдүгээр зүйлд

- a) Хөрөнгө оруулалтын өгөөж болон эдгээр өгөөжөөр дахин хөрөнгө оруулалт хийж байгаа тохиолдолд тэдгээрийн өгөөж нь хөрөнгө оруулалтын нэг адил хамгаалалтад байна.
- b) Холбогдох Хэлэлцэн тохирогч Талын эрх бүхий байгууллагаас олгосон үндэсний паспорт эзэмшигчийг тухайн Талын иргэн гэж үзэх боловч энэ нь үндэсний харьяаллыг тодорхойлох бусад аль ч арга замыг үгүйсгээгүй болно.

2. Хоёрдугаар зүйлд

Энэхүү Гэрээ нь холбогдох Хэлэлцэн тохирогч Талаас бүрэн эрхээ хэрэгжүүлэхийг нь олон улсын эрхээр зөвшөөрсөн далай тэнгис дэх эдийн засгийн онцгой бүс нутаг болон эх газрын дагуух бүс нутагт нэг адил хамаарна.

3. Гуравдугаар зүйлд

- a) Гуравдугаар зүйлийн 2 дахь заалтад дурдсан „үйл ажиллагаа“ гэсэн нэр томъёогоор хэдий зөвхөн дараах зүйлээр хязгаарлахгүй боловч, тухайлбал хөрөнгө оруулалтыг удирдах, ашиглах, эзэмших, хөрөнгө оруулалттай байх явдлыг хэлнэ. Гуравдугаар зүйлд дурдсан „дутуугүй тааламжтай нөхцөл“ гэсэн нэр томъёогоор тухайлбал түүхий эд буюу туслах материал, түлш эрчим хүч, мөн түүнчлэн үйлдвэрлэлийн буюу бусад аль ч зориулалтын хэрэгсэл олж авахад нь хязгаар тавих, тухайн оронд буюу хилийн чанад бүтээгдэхүүнээ борлуулахад нь саад тотгор учруулах, тэдгээртэй ижил төстэй бусад арга хэмжээ авахгүй байхыг хэлнэ. Улсын аюулгүй байдал, нийгмийн хэв журам, иргэдийн эрүүл мэнд буюу ёс суртахууныг хамгаалах зорилгоор авч буй арга хэмжээг гуравдугаар зүйлд дурдсан „дутуугүй тааламжтай нөхцөл“ – д хамруулахгүй.
- b) Хэлэлцэн тохирогч аливаа Тал нь түүний хууль тогтоомжийн дагуу зөвхөн тухайн Талын нутаг дэвсгэрт оршдог бие хүн буюу компанид хамруулдаг татвар, татвараас чөлөөлөх буюу татварын хэмжээг хорогдуулах зэрэг хөнгөлөлтийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт оршдог хувь хүн буюу компанид хамруулах үүргийг гуравдугаар зүйлийн заалтуудаар хүлээгээгүй болно.
- b) Хэлэлцэн тохирогч Талууд нь хөрөнгө оруулалттай холбогдсон асуудлаар Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт орох, тэнд түр хугацаагаар байх тухай Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хүмүүсийн хүсэлтүүдэд өөрсдийн хууль тогтоомжийн хүрээнд нааштай хандах болно. Хөрөнгө оруулалттай холбогдсон ажилд орохоор Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт орох, тэнд түр байх хүсэлтэй Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хүмүүст мөн нэг адил хандана. Түүнчлэн ажил эрхлэх зөвшөөрөл авах тухай хүсэлтүүдийг нааштай авч үзнэ.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständigen und formgerechten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 26. Juni 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mongolischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

4. Дөрөвдүгээр зүйлд

Хөрөнгө оруулалт хийсэн компаний үйл ажиллагаанд улсын зүгээс хэт оролцсоны улмаас эдийн засгийн үзүүлэлтэд нь хохирол учирвал нөхөн төлбөр хийхийг нэг адил шаардах эрхтэй байна.

5. Долдугаар зүйлд

Гуйвуулгыг ердийн нөхцөлд хийхэд шаардагддаг хугацаанд хийж гүйцэтгэсэн байвал түүнийг долдугаар зүйлийн 1 дэх заалтад дурдсанчлан „саадгүй“ хийж гүйцэтгэсэн гэж үзнэ. Дурдсан хугацаа нь зохих хэлбэрээр бүрэн бүрдүүлсэн хүсэлт гаргасан өдөр эхлэх бөгөөд аль ч тохиолдолд хоёр сараас хэтрэхгүй байна.

6. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр хөрөнгө оруулалттай холбогдсон бараа буюу хумуусийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын тээврийн байгууллагаас тээвэрлэхэд ямар ч саад тогтор учруулахгүй бөгөөд шаардлагатай бол тухайн тээврийг хийх зөвшөөрлийг олгож байна. Үүнд дараах зүйлийн тээвэрлэлт хамаарна:

- a) Энэхүү Гэрээний агуулгын дагуу үнэ өртөг бүхий зүйлээр хөрөнгө оруулалт хийсэн байгууллага буюу түүний нэрийн өмнөөс Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал эсвэл гуравдагч аливаа улсын нутаг дэвсгэрт олж авсан эсхүл энэхүү Гэрээний дагуу хөрөнгө оруулалт хийхтэй шууд холбогдсон бараа;
- б) хөрөнгө оруулалттай холбогдсон асуудлаар зорчиж буй хүмүүс зэрэг болно.

1991 оны 6 дугаар сарын „26“-ны өдөр Бонн хотноо герман, монгол хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх хувиуд нь адил хүчинтэй байна.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Холбооны Бугд Найрамдах Герман Улсыг Төлөөлж
Genscher

Für die Mongolische Volksrepublik
Бугд Найрамдах Монгол Ард Улсыг Төлөөлж
Gombosuren

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 24. September 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Jamaika
über die gegenseitige Förderung und den Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 19. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kingston am 24. September 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jamaika über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Jamaika
über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen

Treaty
between the Federal Republic of Germany
and Jamaica
concerning the Reciprocal Encouragement and Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 Jamaika –

The Federal Republic of Germany
 and
 Jamaica,

In dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

Desiring to intensify economic cooperation between both States,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein Schutz dieser Kapitalanlagen die private wirtschaftliche Initiative beleben und den Wohlstand beider Völker mehren werden –

Recognizing that the encouragement and protection of such investments will stimulate private business initiative and increase the prosperity of both nations,

haben folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

For the purposes of this Treaty

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

1. the term "investments" comprises every kind of asset, in particular:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf durch Vertrag oder Konzession geregelte Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, eingetragene Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) gesetzliche oder vertragliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
- (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
- (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance under contract or by concession having an economic value;
- (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, registered designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
- (e) business concessions conferred by law or under contract, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2. the term "returns" means the amount yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

3. the term "nationals" means

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
- b) in bezug auf Jamaika: natürliche Personen, die nach jamaikanischem Recht Staatsangehörige Jamaikas sind;

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany,
- (b) in respect of Jamaica: physical persons deriving their status as Jamaican nationals from the laws of Jamaica;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf Jamaika:
nach gültigem jamaikanischen Recht gegründete Kapitalgesellschaften, Firmen oder Vereinigungen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Kapitalanlagen, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet vorgenommen werden, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen ihrer eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung, im folgenden als „vergleichbare Maßnahme“ bezeichnet, gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme von den Behörden bekanntgemacht wurde. Die Wertfestsetzung muß alle Faktoren, einschließlich allgemeiner Kenntnis, widerspiegeln, die sich auf den Wert der Kapitalanlage ausgewirkt haben könnten, bevor die Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme von

4. the term "companies" means

- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
- (b) in respect of Jamaica:
corporations, firms or associations incorporated or constituted under the law in force in Jamaica.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its laws. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Investments made, in accordance with the laws of one Contracting Party, within its territory by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of this Treaty.

(3) Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory of nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) The provisions of paragraph 1 and 2 of this Article shall not apply to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall not apply to advantages which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization, hereinafter referred to as "comparable measure", in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure was made known by the authorities. The determination of value shall fully reflect any factors including public knowledge that might have affected the value of the investment before the expropriation, nationalization or comparable measure was made known by the authorities. The compensation shall be paid without delay and

den Behörden bekanntgemacht wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigung.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10 die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen, die nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 fällig werden, erfolgen unverzüglich zu dem zum Zeitpunkt der Transferierung jeweils gültigen Kurs.

(2) Entspricht der Kurs nicht dem Marktkurs, so darf er nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem

shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measures for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that which the latter Contracting Party accords to its own nationals or companies as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) of the returns;
- (c) in repayment of loans;
- (d) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) of the compensation provided for in Article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes a payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 (2) and (3) as well as Article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

(1) Transfers when they become due under Article 4 (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the applicable rate of exchange on the date of transfer.

(2) In case the rate of exchange is not determined by the market such rate shall not substantially differ from the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter

Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates einigen, der mit Zustimmung beider Vertragsparteien zum Obmann bestellt wird. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei in bezug auf Kapitalanlagen, die letztere im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei vorgenommen hat, werden zwischen den Streitparteien nach Möglichkeit gütlich beigelegt. Ist eine gütliche Beilegung nicht möglich, so kann jede Vertragspartei örtliche Rechtsbehelfe zur Beilegung der Streitigkeit in Anspruch nehmen.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem sie einer zuständigen Stelle für die Zwecke örtlicher Rechtsbehelfe unterbreitet wurde, nicht zur Zufriedenheit der beiden Streitparteien beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der Streitparteien einem Schiedsverfahren

between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a provision, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's laws.

Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot be thus settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third state who on approval by the two Contracting Parties shall be appointed Chairman. Such members shall be appointed within two months, and such Chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the Chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning cost. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 11

(1) Any disputes between one Contracting Party and a national or a company of the other Contracting Party concerning an investment of the latter in the territory of the former shall if possible be settled amicably. If such a dispute cannot be settled amicably, either party may pursue local remedies for the settlement of that dispute.

(2) If the dispute has not been settled to the satisfaction of both parties within a period of twelve months from its submission to a competent body for the purpose of pursuing local remedies, it shall, at the request of either party to the dispute, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the

unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als hindere er die eine Vertragspartei und den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei sich darauf zu einigen, die Streitigkeit jederzeit nach Artikel 28 beziehungsweise 36 des Übereinkommens einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren zu unterwerfen.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(5) Die Vertragsparteien werden hinsichtlich einer Streitigkeit, die dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (Zentrum) unterbreitet worden ist, keinen diplomatischen Schutz gewähren und keinen völkerrechtlichen Anspruch nach Artikel 10 dieses Vertrags geltend machen, es sei denn, daß

- a) der Generalsekretär des Zentrums oder eine vom Zentrum gebildete Vergleichskommission oder ein von ihm gebildetes Schiedsgericht feststellt, daß die Streitigkeit nicht in die Zuständigkeit des Zentrums fällt; oder
- b) die andere Vertragspartei den von einem Schiedsgericht erlassenen Schiedsspruch nicht befolgt; oder
- c) es sich um eine Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags handelt.

Hierdurch werden informelle diplomatische Schritte, die lediglich darauf gerichtet sind, die Beilegung der Streitigkeit zu erleichtern, nicht ausgeschlossen.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kingston ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Kingston am 24. September 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Dr. Nils Grueber

Für Jamaika
For Jamaica
David Loore

dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March, 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) Nothing in this Article shall be construed as preventing the Contracting Party and the national of the other Contracting Party from agreeing to submit at any time the dispute to conciliation or arbitration under Article 28 and 36 of the Convention, respectively.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting Party involved in the dispute shall not raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

(5) Neither Contracting Party shall give diplomatic protection or bring an international claim under Article 10 of this Treaty in respect of any dispute referred to the International Centre for Settlement of Investment Disputes (the Centre), unless:

- (a) the Secretary-General of the Centre, or a conciliation commission or an arbitral tribunal constituted by it, decides that the dispute is not within the jurisdiction of the Centre; or
- (b) the other Contracting Party does not abide by and comply with the award rendered by an arbitral tribunal; or
- (c) there is a case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in Article 6 of this Treaty.

This does not preclude informal diplomatic exchanges for the sole purpose of facilitating a settlement of the dispute.

Article 12

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 13

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Kingston.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of fifteen years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of fifteen years this Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of 15 years from the date of termination of this Treaty.

Done at Kingston on 24th September 1992 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jamaika über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Meeresgebieten, in denen die Vertragsparteien in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Souveränität, souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausüben.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch, die Nutzung und die Veräußerung einer Kapitalanlage anzusehen.

Folgende Einschränkungen gelten als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3, sofern sie die betroffene Vertragspartei nicht auf ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften und Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten anwendet: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Besondere Anreize, die Jamaika im Rahmen seiner Entwicklungspolitik nur seinen eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften gewährt, um den Aufbau einheimischer Gewerbebereiche, z. B. der Heimarbeit, zu fördern, gelten als mit diesem Artikel vereinbar, sofern sie die Kapitalanlage oder die Tätigkeit von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage nicht wesentlich beeinträchtigen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Beschäftigte eines Kapitalanlegers der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Protocol

On signing the Treaty between Jamaica and the Federal Republic of Germany concerning the Reciprocal Encouragement and Protection of Investments, the undersigned Plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.

(2) Ad Article 2

This Treaty shall also apply to the maritime areas over which the Contracting Parties exercise sovereignty, sovereign rights or jurisdiction in accordance with international law.

(3) Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment.

The following restrictions shall, when not applied by the relevant Contracting Party to its own nationals or companies or nationals or companies of any third State, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.
- (c) Special incentives granted by Jamaica only to its nationals and companies within the framework of its development policy in order to stimulate the creation of local industries, such as cottage industries, are considered compatible with this Article provided they do not significantly affect the investment or the activities of nationals and companies of the other Contracting Party in connection with an investment.
- (d) The Contracting Parties shall within the framework of their national laws give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employees of an investor of either Contracting Party who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) Zu Artikel 4

Artikel 4 Absatz 2 gilt auch, wenn eine Vertragspartei eine Gesellschaft, an der Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzen, enteignet oder verstaatlicht oder einer vergleichbaren Maßnahme unterwirft, soweit die Kapitalanlagen dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften betroffen sind.

(5) Zu Artikel 5

Unbeschadet des Artikels 5 kann der freie Transfer im Fall von Transferierungen aus Jamaika folgenden Bedingungen unterliegen:

- a) Registrierung einer Kapitalanlage oder eines im Ausland aufgenommenen Darlehens bei der Zentralbank, sofern eine Registrierung zum Zeitpunkt der Kapitalanlage oder der Darlehensaufnahme vorgeschrieben war;
- b) bei anderen Verträgen als Darlehensverträgen, falls erforderlich, Genehmigung des Zahlungszeitplans durch die zuständigen Behörden im Einklang mit den zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Devisenbestimmungen.

(6) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden vollständigen Antrags in der vorgeschriebenen Form und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7)

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, in das Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien, wird eine Vertragspartei die ordnungsgemäß zugelassenen Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und die erforderlichen Genehmigungen zur Durchführung der Transporte nicht willkürlich oder in diskriminierender Weise verweigern. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Kingston am 24. September 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Ad Article 4

The provisions of Article 4 (2) shall also apply if a Contracting Party expropriates, nationalizes or takes any comparable measure against a company in which nationals or companies of the other Contracting Party own shares insofar as the investments of such nationals or companies are concerned.

(5) Ad Article 5

Notwithstanding the provisions of Article 5 the free transfer may in the case of transfers from Jamaica be subject to the following conditions:

- (a) registration with the Central Bank of investments and loans contracted from abroad if at the time the investment was made or the loan contracted such registration was required;
- (b) in relation to contracts other than loans, approval if required, by the competent authorities with respect to repayment schedule, in accordance with the exchange control regulations in force at the time of the contract.

(6) Ad Article 6

A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of Article 7 (1) if effected within such periods as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request, complete and in good form, has been submitted and may on no account exceed two months.

(7)

Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported to the territory of either Contracting Party, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder duly qualified transport enterprises of the other Contracting Party and shall not arbitrarily or in a discriminatory manner refuse permits as required to carry out such transport. This shall include the transport of:

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of the other Contracting Party or of any third Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty are invested;
- (b) persons travelling in connection with an investment.

Done at Kingston on 24th September 1992 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Dr. Nils Grueber

Für Jamaika
For Jamaica
David Loore

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 12. November 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 19. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tallinn am 12. November 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Saksamaa Liitvabariigi
ja Eesti Vabariigi
vaheline investeringute soodustamise ja vastastikuse kaitse
leping

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Republik Estland –

Saksamaa Liitvabariik
 ja
 Eesti Vabariik,

In dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

In dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

In der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

soovides süvendada majanduslikku koostööd mõlema riigi vahel,

püüdes luua soodsaid tingimusi kummagi riigi kodanike või juriidiliste isikute investeringutele teise riigi territooriumil,

tõdedes, et nendele investeringutele on vajalikud soodustused ja lepinguline kaitse selleks, et elavdada majanduslikku erainitsiatiivi ja suurendada mõlema rahva heaolu,

leppisid kokku järgnevas:

Artikkel 1

Käesoleva lepingu tähenduses

1. Mõiste „investeringud“ hõlmab igat liiki varalisi väärtusi, iseäranis
 - a) kinnis- ja vallasvara, samuti muid asjaõigusi nagu hüpoteek ja pandiõigusi;
 - b) osakuid ettevõtetes ja teisi ettevõtluses osalemise liike;
 - c) õigusnõue majanduslikku väärtust loonud rahale või sellist väärtust loonud tegevuste tulemustele;
 - d) õigusi intellektuaalsele omandile, iseäranis autoriõigused, patendid, registreeritud leiutised, prototüübid, tehnilised kavandid ja mudelid, kaubamärgid, kaubanimetused, ettevõtte- ja ärisaladused, tehnilised meetodid, oskusteave ja ettevõtte äri väärtus;
 - e) avalik-õiguslikke kontsessioone, kaasaarvatud loodusvarade otsimis- ja kasutamiskontsessioonid.
 Varaliste väärtuste investeerimise vormi muutus ei muuda nende tähendust investeringuna;
2. Mõiste „tulud“ tähendab neid summasid, mis saadakse mingist investeringust teatud ajavahemikul, nagu kasumiosad, dividendid, intressid, litsentsi- või muud tasud;
3. Mõiste „kodanikud“ tähistab
 - a) Saksamaa Liitvabariigi suhtes: Saksamaa Liitvabariigi kodanikke vastavalt Saksamaa Liitvabariigi põhiseadusele,

- b) in bezug auf die Republik Estland:
Esten im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen der Republik Estland;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Estland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Republik Estland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden

- b) Eesti Vabariigi suhtes:
Eesti Vabariigi kodanikke vastavalt Eesti Vabariigi seadustele

4. Mõiste „juriidilised isikud“ tähistab

- a) Saksamaa Liitvabariigi suhtes:
nii Iga Saksamaa Liitvabariigis asuvat juriidilist isikut kui ka muud vormi ühingut või ühendust, õiguspädeva isikuga või ilma, ükskõik kas tema tegevus taotleb kasumit või mitte.
- b) Eesti Vabariigi suhtes:
nii Iga Eesti Vabariigis asuvat juriidilist isikut kui ka muud vormi ühingut või ühendust, õiguspädeva isikuga või ilma, ükskõik kas tema tegevus taotleb kasumit või mitte.

Artikel 2

(1) Kumbki lepingupool soodustab oma territooriumil võimalust mõõda teise lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute investeringuid ja lubab vastavalt oma seadusandlusele neid investeringuid teha. Kumbki lepingupool kohtleb investeringuid igal juhul õiguspäraselt ja õiglaselt.

(2) Üks lepingupool ei tohi mingil moel omavoliiliste või diskrimineerivate meetmetega piirata teise lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute investeringute haldamist, käsutamist, kasutamist või tarvitamist oma territooriumil.

Artikel 3

(1) Kumbki lepingupool kohtleb oma territooriumil teise lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute omanduses või mõjuvallas olevaid investeringuid mitte vähem soodsalt kui oma kodanike ja juriidiliste isikute investeringuid või kolmandate riikide kodanike ja juriidiliste isikute investeringuid.

(2) Kumbki lepingupool kohtleb oma territooriumil teise lepingupoole kodanikke või juriidilisi isikuid nende investeringutega seonduvas tegevuses mitte vähem soodsalt kui oma riigi kodanikke ja juriidilisi isikuid või kolmandate riikide kodanikke ja juriidilisi isikuid.

(3) Eelnimetatud kohtlemine ei laiene eelisõigustele, mida üks lepingupool võimaldab kolmandate riikide kodanikele või juriidilistele isikutele seoses nende kuulumisega mõnda tolli- või majandusliku või vaheturu või vabakaubandustsooni või nendega assotseerumise tõttu.

(4) Samuti ei laiene eelnimetatud kohtlemine soodustustele, mida üks lepingupool annab kolmandate riikide kodanikele või juriidilistele isikutele seoses topeltmaksustamist vältivate lepingutega või muu maksude küsimusi puudutava kokkuleppega.

Artikel 4

(1) Ühe lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute investeringud on teise lepingupoole territooriumil täielikult kaitstud ja kindlustatud.

(2) Ühe lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute investeringuid teise lepingupoole territooriumil tohib võõrandada, natsionaliseerida või allutada oma toimele võõrandamise või natsionaliseerimisega võrreldavatele abinõudele ainult üldise heaolu huvides ja kompensatsiooni eest. Kompensatsioon peab vastama võõrandatud investeringu väärtusele, mis tal oli vahetult enne seda, kui tegelik või ähvardav võõrandamine, natsionaliseerimine või nendega võrreldav abinõu avalikult teatavaks sai. Kompensatsioon tuleb välja maksta ilma viivituse ja selle pealt tuleb kuni maksimise momendini tasuta intresse pangaprotsendi üldlevinud määra

und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- der Erträge;
- zur Rückzahlung von Darlehen;
- des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesell-

kohaselt; kompensatsioon peab olema reaalselt kasutatav ja vabalt ülekantav. Mitte hiljem, kui võõrandamise, natsionaliseerimise või nendega võrreldava abinõu hetkel tuleb sobival teel tagada kompensatsiooni suuruse viisi kindlaksmääramine. Võõrandamise, natsionaliseerimise või nendega võrreldava abinõu seaduslikkus ja kompensatsiooni suurus peavad olema kontrollitavad kompetentses kohtumenetluses.

(3) Kui ühe lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute investeeringud kannavad kahju teise lepingupoole territooriumil sõja või muu sõjalise tegevuse, revolutsiooni, riikliku kriisilukorra või rahutuste tõttu, siis nende kahjude hüvitamisel või kompenseerimisel teine lepingupool ei kohtle neid investeeringuid mitte halvemini, kui oma riigi kodanike või juriidiliste isikute investeeringuid. Sellised maksed peavad olema vabalt ülekantavad.

(4) Käesolevas artiklis reguleeritavates küsimustes rakendab üks lepingupool teise poole kodanike või juriidiliste isikute suhtes enamsoodustusrežiimi.

Artikkel 5

Kumbki lepingupool tagab teise lepingupoole kodanikele või juriidilistele isikutele investeeringutega seotud maksete vaba ülekande, iseäranis

- kapitali ja lisasummade ülekande investeeringu säilitamiseks või suurendamiseks;
- tulude ülekande;
- ülekanded laenude kustutamiseks;
- investeeringu täielikust või osalisest likvideerimisest või müügist saadava summa ülekande;
- artiklis 4 ettenähtud kompensatsioonide ülekande.

Artikkel 6

Kui üks lepingupool maksab summasid oma kodanikele või juriidilistele isikutele investeeringu garantii alusel teise lepingupoole territooriumil tehtud investeeringu eest, siis tunnustab see teine lepingupool, kahjustamata esimesena nimetatud lepingupoole õigusi, mis lähtuvad artiklist 10, nende kodanike või juriidiliste isikute kõigi õiguste või nõudmiste ülekandmist esimesena nimetatud lepingupoolele seaduse või õigusliku tehingu alusel. Lisaks tunnustab teine lepingupool esimesena nimetatud lepingupoole asumist kõikidesse nendesse õigustesse või nõudmistesse (ülekantud nõudmistesse), mida on esimesena nimetatud lepingupool õigustatud kasutama samas ulatuses nagu tema õiguseallane. Maksete ülekandmisel ülekantud nõuete korral kehtivad vastavalt 4. artikli 2. ja 3. lõige ning 5. artikkel.

Artikkel 7

(1) Ülekanded 4. artikli 2. ja 3. lõike ning 5. või 6. artikli põhjal toimuvad ilma viivitusega ülekande hetkel kehtiva kursi järgi.

(2) See kurss peab vastama riskkursile (cross rate), mis tuleneb nendest ümberarvestuskurssidest, mida Rahvusvaheline Valuutafond võtab aluseks vastavate vääringute ümberarvestamisel eriarveldusühikutesse (Special Drawing Rights – SDR) maksete moodil.

Artikkel 8

(1) Juhul kui ühe lepingupoole seadusandlikest aktidest või rahvusvahelisest õigusest tulenevatest kohustusest, mis eksisteerivad lepingu osapoolte vahel lisaks käesolevale lepingule või tekivad tulevikus, tulenevad mingid üldised või erilised eeskirjad, mille järgi võimaldatakse teise lepingupoole kodanike ja juriidiliste

schaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehö-

isikute investeringutele soodsam kohtlemine kui käesoleva lepingu järgi, siis kehtivad need eeskirjad käesoleva lepingu suhtes niivõrd, kuivõrd nad on soodsamad.

(2) Kumbki lepingupool täidab ka kõiki teisi kohustusi, mida ta on enda peale võtnud seoses teise lepingupoolse kodanike ja juriidiliste isikute investeringutega oma territooriumil.

Artikkel 9

Käesolev leping kehtib ka nende investeringute suhtes, mida ühe lepingupoolse kodanikud või juriidilised isikud on teinud vastavalt teise lepingupoolse seadustele viimase territooriumil enne käesoleva lepingu jõustumist.

Artikkel 10

(1) Lahkarvamused lepingu osapoolte vahel käesoleva lepingu tõlgendamises või rakendamises tuleb võimalust mõõda lahendada lepingu osapoolte valitsuste vahel.

(2) Juhul kui lahkarvamust ei ole võimalik ülalkirjeldatud viisil lahendada, siis tuleb see ühe lepingupoolse nõudmisel esitada vahekohtusse.

(3) Vahekohus moodustatakse igal üksikjuhtumil nii, et kumbki lepingupool määrab ühe liikme ja need mõlemad liikmed valivad vahekohtu eesistujaks mingi kolmanda riigi kodaniku, kelle kinnitavad kummagi lepingupoolse valitsused. Liikmed tuleb määrata kahe, vahekohtu eesistuja – kolme kuu jooksul pärast seda, kui üks lepingupool on teisele teatanud, et ta tahab esitada lahkarvamuse vahekohtusse.

(4) Juhul kui 3. lõikes nimetatud tähtaegadest ei peeta kinni, võib kumbki lepingupool muu kokkuleppe puudumisel paluda Rahvusvahelise Kohtu presidenti teha vajalikud määramised. Juhul, kui president on ühe lepingupoolse kodanik või teda takistavad muud põhjused, peab määramised tegema asepresident. Juhul, kui ka asepresidentil on ühe lepingupoolse kodakondsus või ka teda takistavad muud põhjused, peab määramised teostama ametiastmelt järgmine Kohtu liige, kellel ei ole kummagi lepingupoolse kodakondsust.

(5) Vahekohus teeb otsused hääletenamusega. Tema otsused on kohustuslikud. Kumbki lepingupool kannab oma liikme kulud ning samuti oma esindajate kulud kohtuprotsessi käigus; vahekohtu eesistuja kulud ning muud kulud jagatakse võrdselt lepingupoolte vahel. Vahekohus võib teha ka muu otsuse kulude kandmise osas. Muus osas määrab vahekohus asja käsitlemise protseduuri ise.

(6) Kui mõlemad lepingupooled on Riikide ja Teiste Riikide Kodanike Vaheliste Investeringuid Puudutavate Vaidluste Lahendamise 18. märtsi 1965.a. Konventsiooni liikmed, siis võib Konventsiooni 27. artikli 1. lõiku järgides eelpool ette nähtud vahekohut mitte kokku kutsuda juhul, kui mõlema lepingupoolse kodanike või juriidiliste isikute vahel on saavutatud kokkulepe Konventsiooni 25. artikli kohaselt. See ei välista võimalust eelpool ettenähtud vahekohut kokku kutsuda siis, kui nimetatud Konventsiooni vahekohutu otsust ei täideta (28. artikkel), või kui see on vajalik õiguste ülekandmise korral või õigusliku tehingu korral vastavalt käesoleva lepingu 6. artiklile.

Artikkel 11

(1) Investeringuid puudutavad lahkarvamused ühe lepingupoolse ja teise lepingupoolse kodanike või juriidiliste isikute vahel

gen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Tallinn am 12. November 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksamaa Liitvabariigi poolt
v. Wistinghausen

Für die Republik Estland
Eesti Vabariigi poolt
Trivimi Velliste

tuleb niipalju kui võimalik lahendada vaidlevate poolte vahel leplikult.

(2) Kui üks vaidlevatest pooltest pole kuue kuu jooksul pärast lahkarvamuse teatavakstegemist selle kõrvaldamise ettepanekuga nõustunud, siis esitatakse lahkarvamus teise lepingupoolle kodaniku või juriidilise isiku nõudmisel vahekohtule lahendamiseks. Kui vaidlevad osapooled ei leia muud kokkulepet, tuleb rakendada 10. artikli lõigete 3 kuni 5 sätteid selliselt, et vahekohtu liikmete määramine vaidlevate osapoolte poolt toimub 10. artikli 3. lõike järgi ja et juhul, kui ei peeta kinni 10. artikli 3. lõikes nimetatud tähtaegadest, võib kumbki vaidlev pool teiste kokkulepete puudumisel paluda Pariisis asuva Rahvusvahelise Kaubanduskoja Arbitraažikohtu presidenti teha vajalikud määramised. Vahekohtu otsus viiakse täide siseriikliku õiguskorra järgi.

(3) Vaidluses osalev lepingupool ei tohi esitada kohtuprotsessi või vahekohtu otsuse täideviimise käigus vastuväidet, et teise lepingupoolle kodanik või juriidiline isik on saanud kindlustusasutusest kahju eest osalist või täielikku kompensatsiooni.

(4) Juhul kui mõlemad lepingupooled on Riikide ja Teiste Riikide Kodanike Vaheliste Investeeringuid Puudutavate Vaidluste Lahendamise 18. märtsi 1965.a. Konventsiooni liikmed, esitatakse selles punktis mainitud lahkarvamused vaidlevate osapoolte vahel vahekohtusse ülalnimetatud Konventsiooni kohaselt, kui vaidlevad osapooled ei jõua muule kokkuleppele; kumbki lepingupool kinnitab seejuures oma nõusolekut sellise menetlusega.

Artikkel 12

Käesolev leping kehtib sõltumata diplomaatiliste või konsulaarühete olemasolust lepingupoolte vahel.

Artikkel 13

(1) Käesolev leping tuleb ratifitseerida.

(2) Käesolev leping jõustub üks kuu pärast vastavate kirjalike teadete vahetamist. Leping on jõus 10 aastat; selle aja möödudes pikeneb lepingu kehtivus määramata ajaks, juhul kui üks lepingupool ei ole kaksteist kuud enne tähtaja lõppemist lepingut kirjalikult üles öelnud. Kümne aasta möödudes saab lepingut igal ajal lõpetada, sellest kaksteist kuud ette teatades.

(3) Investeeringutele, mis on tehtud enne käesoleva lepingu lõppemist, kehtivad artiklid 1 kuni 12 edasi veel kakskümmend aastat, alates lepingu kehtetuks muutmise päevast.

Koostatud Tallinnas, 12. novembril 1992.a. kahes originaalis, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdse jõuga.

Protokoll

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Saksamaa Liitvabariigi ja Eesti Vabariigi vahelise investeeeringute soodustamise ja vastastikuse kaitse lepingu allkirjutamisel on selleks volitatud isikud täiendavalt kokku leppinud järgmistes määratlustes, mis kehtivad käesoleva lepingu koostisosana:

(1) Artikkel 1 juurde

- a) Investeeeringust saadud tulud ja nende tulude taasinvesteermise puhul neist omakorda saadud tulud on samamoodi kaitsitud nagu investeeeringu tulu.
- b) Eiramata teisi kodakondsuse kindlaksmääramise viise, loetakse ühe lepingupoole kodanikuks iga isikut, kellele on vastava lepingupoole kompetentse asutuse poolt välja antud kodaniku pass.

(2) Artikkel 2 juurde

- a) Investeeeringud, mis on tehtud ühe lepingupoole kodanike või juriidiliste isikute poolt teise lepingupoole territooriumil kooskõlas tema õiguskorraga, on kaitsitud lepingu täie ulatusega.
- b) Leping kehtib ka majandusvööndi ja mandrilava aladel niivõrd, kui võrd vastava lepingupoole rahvusvaheline õigus lubab kasutada iseseisvaid õigusi või jurisdiktsiooni nendel aladel.

(3) Artikkel 3 juurde

- a) 3. artikli 2. lõikes tähendab „tegevus“ eeskätt, aga mitte ainult, investeeeringu haldamist, rakendamist, tarvitamist ja kasutamist. „Vähem soodsas“ kohtlemise all mõistetakse 3. artiklis eeskätt: iga liiki tooraine ja abimaterjalide, energia ja kütuse ning tootmis- ja töövahendite hankimise piiramist, toodangu turustamise takistamist sisemaal ja ekspordi takistamist ning muid samase toimega meetmeid. Meetmeid, mida tuleb tarvitusele võtta ühiskondliku korra ja julgeoleku, rahva tervishoiu või moraali tagamiseks, ei mõisteta 3. artikli tähenduses „vähem soodsatena“.
- b) 3. artikli sätteid ei kohusta üht lepingupoolt laiendama teise lepingupoole territooriumil asuvatele füüsilistele ja juriidilistele isikutele maksusoodustusi, maksudest vabastamist ja muid soodustusi, mida maksuseaduste kohaselt võimaldatakse ainult tema enda territooriumil asuvatele füüsilistele isikutele ja juriidilistele isikutele.
- c) Lepingupoole, järgides oma riigi seadusandlust, käsitlevad soosivalt ühe lepingupoole isikute taotlusi viisade ja elamislubade saamiseks, kes soovivad sõita teise lepingupoole territooriumile seoses investeeeringuga; sama kehtib ka ühe lepingupoole töövõtjate suhtes, kes seoses investeeeringuga soovivad sõita teise lepingupoole territooriumile ja seal viibida töötamise eesmärgil. Töölubade taotlusi käsitletakse samuti soosivalt.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hirunter fallen: Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Tallinn am 12. November 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Artikkel 4 juurde

Kompensatsiooni on õigus nõuda ka siis, kui riiklike meetmetega takistatakse investeringu objektiks oleva ettevõtte tegevust, mistõttu selle majanduslikku seisukorda oluliselt kahjustatakse.

(5) Artikkel 7 juurde

„Ilma viivitamata“ ülekande tegemine 7. artikli 1. lõikes tähendab ülekannet, mis sooritatakse ülekande tavapärasteks formaalsusteks vajaliku tähtaja jooksul. Tähtaeg algab vastava avalduse sisseandmise hetkest ja ei tohi mingil juhul ületada kahte kuud.

(6) üks lepingupool ei keela ega takista teise lepingupoole transpordifirmasid teostamast investeringuga seonduvat kaupade ja inimeste transporti ning annab vajadusel välja vastava loa. Selle transpordi alla kuuluvad:

- a) kaubad, mis on otseselt ette nähtud investeringu käesoleva lepingu tähenduses või mida hangitakse ühe ettevõtte poolt või mingi ettevõtte tellimusel ühe lepingupoole või kolmanda maa territooriumil ja mis kujutavad endast varalisi väärtusi käesoleva lepingu tähenduses;
- b) inimesed, kelle reisid on seotud investeringuga.

Koostatud Tallinnas, 12. novembril 1992.a. kahes originaalis, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdse jõuga.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksamaa Liitvabariigi poolt
v. Wistinghausen

Für die Republik Estland
Eesti Vabariigi poolt
Trivimi Velliste

(Inoffizielle Übersetzung)

Ministre
des Affaires Étrangères

Tallinnas, 12. 11. 1992.a.

Tallinn, den 12. November 1992

Teie Ekstsellents,

Eesti Vabariigi ja Saksamaa Liitvabariigi vahelise investeeeringute soodustamise ja vastastikuse kaitse lepingu allakirjutamise puhul on mul au teatada järgmist:

Eesti Vabariigi Valitsus võttes teadmiseks, et Saksamaa Liitvabariigi pädevad organid on valmis juba enne käesoleva lepingu jõustumist soodustama Saksa investeerijate investeeeringuid Eestisse, rakendab ajutiselt lepingut selle allakirjutamise päevast alates. See selgitus antakse ootuses, et Saksamaa Liitvabariigi Valitsus on valmis enda peale võtma Eestisse teostatavate investeeeringute garanteerimise juba enne lepingu jõustumist.

Võtke vastu, Ekstsellents, minu kõige suurema lugupidamise väljendus.

Saksamaa Liitvabariigi Suursaadikond
Suursaadik
Tallinn

Exzellenz,

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Republik Estland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Estland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Estland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Estland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages erwägt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

An den
Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland
Tallinn

Gesetz
zu dem Vertrag vom 15. Februar 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Ukraine
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 19. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kiew am 15. Februar 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Ukraine
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Угода
між Федеративною Республікою Німеччина
і Україною
про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Ukraine –

Федеративна Республіка Німеччина
і
Україна,

im folgenden „Vertragsparteien“ genannt –

іменовані далі "Договірними Сторонами",

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

бажаючи поглибити економічне співробітництво між обома державами,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

прагнучи створити сприятливі умови для інвестицій громадян або товариств однієї Договірної Сторони на території іншої Договірної Сторони та

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die unternehmerische Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

визнаючи, що сприяння здійсненню і договірний захист цих інвестицій можуть стимулювати підприємницьку ініціативу і збільшити добробут обох народів,

haben folgendes vereinbart:

домовились про наступне:

Artikel 1

Стаття 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

Для цілей цієї Угоди:

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen materiellen oder immateriellen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen solchen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) Rechte zur Ausübung einer Wirtschaftstätigkeit einschließlich der Rechte auf Aufsuchung, Aufschluß, Gewinnung oder Nutzung natürlicher Ressourcen, die sich auf Rechtsvorschriften gründen oder durch einen in Übereinstimmung mit solchen Rechtsvorschriften geschlossenen Vertrag eingeräumt worden sind.

1. Термін "інвестиції" означає всі види майнових цінностей, зокрема:
 - a) Власність у вигляді рухомого і нерухомого майна, а також інші майнові права, такі як іпотечні та права застав;
 - b) право на часткову участь та інші форми участі в товариствах;
 - в) право вимоги щодо грошових коштів, які використовуються для створення матеріальних або нематеріальних цінностей або вимог щодо послуг, які мають таку цінність;
 - г) права інтелектуальної власності, такі як, зокрема, авторські права, патенти, базові моделі, промислові зразки і моделі, товарні знаки, фірмові назви, виробничі та комерційні таємниці, технології, "ноу-хау", "гудвілл";
 - д) у відповідності до законодавства або надані по контрактах, що укладені у відповідності до цього законодавства, права на здійснення господарської діяльності, включаючи права на розвідання, розробку, видобуток або експлуатацію природних ресурсів.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

Зміна виду вкладання майнових цінностей не стосується їх властивостей як інвестицій.

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

2. Термін "доходи" означає суми, одержані за визначений період у результаті інвестицій, такі як частки прибутку, дивіденди, проценти, ліцензійні та інші винагороди.

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf die Ukraine:

Staatsangehörige der Ukraine gemäß der Verfassung und den geltenden Rechtsvorschriften;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Ukraine:

Subjekte einer Wirtschaftstätigkeit mit oder ohne Rechtspersönlichkeit mit Sitz im Hoheitsgebiet der Ukraine gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen und die gemäß Artikel 2 Absatz 2 entsprechend den im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften zugelassen worden sind und getätigt werden, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsan-

3. Термін "громадяни" означає

a) по відношенню до федеративної Республіки Німеччина:

німців у відповідності до Основного закону федеративної Республіки Німеччина.

b) по відношенню до України:

громадян України у відповідності до Конституції та чинного законодавства України;

4. Термін "товариства" означає:

a) по відношенню до федеративної Республіки Німеччина:

кожну юридичну особу або кожне торговельне товариство, інші товариства або об'єднання з правом юридичної особи або без нього, з місцем розташування на території федеративної Республіки Німеччина, незважаючи на те, спрямована їх діяльність на одержання прибутку чи ні.

b) по відношенню до України:

суб'єкти господарської діяльності з правом юридичної особи або без нього з місцем розташування на території України, незважаючи на те, спрямована їх діяльність на одержання прибутку або ні;

Стаття 2

1. Кожна із Договірних Сторін по можливості буде сприяти інвестиціям громадян або товариств іншої Договірної Сторони і дозволяти ці інвестиції у відповідності до свого законодавства. Кожна Договірна Сторона буде справедливо поводитись з інвестиціями іншої Договірної Сторони.

2. Інвестиції, здійснені громадянами або товариствами однієї Договірної Сторони у відповідності до законодавства іншої Договірної Сторони в межах його дії, повністю захищаються цією Угодою.

3. Жодна Договірна Сторона на своїй території ніяким чином не буде перешкоджати шляхом вжиття безпідставних або дискримінаційних заходів в управлінні чи розпорядженні інвестиціями громадян або товариств іншої Договірної Сторони, а також в їх застосуванні та використанні.

Стаття 3

1. Кожна із Договірних Сторін забезпечує на своїй території відносно інвестицій, що знаходяться у власності або під впливом громадян або товариств іншої Договірної Сторони і які дозволені та здійснюються відповідно до пункту 2 статті 2 цієї Угоди у відповідності до чинного законодавства Договірної Сторони, режим не менш сприятливий, ніж відносно інвестицій власних громадян і товариств чи громадян і товариств третіх країн.

2. Кожна із Договірних Сторін забезпечує на своїй території відносно громадян або товариств іншої Договірної Сторони у тому, що стосується їх діяльності у зв'язку з інвестиціями, режим не менш сприятливий, ніж відносно власних громадян і товариств чи громадян і товариств третіх країн.

3. Цей режим не розповсюджується на пільги або переваги, які одна Договірна Сторона надає громадянам або товариствам третіх країн у зв'язку з їх участю в митному або економічному союзі, спільному ринку або зоні вільної торгівлі або у зв'язку з їх асоціацією.

4. Режим, який надається відповідно до цієї Статті, не розповсюджується на пільги, які одна Договірна Сторона

gehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Ver-

tragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

Стаття 4

1. Інвестиції громадян або товариств однієї Договірної Сторони на території іншої Договірної Сторони користуються повним захистом і повною безпекою.

2. Інвестиції громадян або товариств однієї Договірної Сторони можуть підлягати примусовому вилученню, націоналізації або іншим заходам, аналогічним їм за своїми наслідками, на території іншої Договірної Сторони тільки в суспільних інтересах і з виплатою компенсації. Компенсація повинна бути адекватна вартості вилученої інвестиції, визначеної безпосередньо перед моментом, коли офіційно стало відомо про фактично здійснені заходи, або які мають відбутися щодо примусового вилучення, націоналізації чи інших з аналогічними наслідками. Компенсація повинна виплачуватися без затримки і до моменту її виплати на суму компенсації нараховуються банківські проценти у відповідності до діючої процентної ставки; вона повинна бути практично використовуваною і вільно перевідною. Не пізніше моменту здійснення примусового вилучення, націоналізації або заходів, аналогічних їм за своїм характером, повинні бути вжиті відповідні профілактичні заходи щодо визначення сум і порядку виплати компенсації. Повинна бути передбачена можливість розгляду у загальному судовому порядку правомірності здійснення примусового вилучення, націоналізації або заходів, аналогічних їм за своїм характером, а також розміру компенсації.

3. Громадянам або товариствам однієї Договірної Сторони, інвестиціям яких завдана шкода на території іншої Договірної Сторони внаслідок війни або інших озброєних зіткнень, революції, надзвичайного стану або заколоту, буде наданий цією Договірною Стороною режим не менш сприятливий відносно відшкодування збитків, відступних сум, компенсації або інших виплат, ніж для своїх громадян або товариств. Ці платежі повинні бути вільно перевідними.

4. Громадяни або товариства однієї Договірної Сторони на території іншої Договірної Сторони користуються режимом найбільшого сприяння відносно питань, що регулюються цією Статтею.

Стаття 5

Кожна з Договірних Сторін гарантує громадянам або товариствам іншої Договірної Сторони вільний переказ платежів у зв'язку з інвестиціями, зокрема:

- a) капіталу і додаткових сум для підтримки або збільшення обсягу інвестицій;
- b) доходів;
- v) виплати (повернення) позик;
- г) прибутку, що виник у зв'язку з повною або частковою ліквідацією або відчуженням інвестицій;
- д) компенсацій, передбачених у статті 4 цієї Угоди.

Стаття 6

Якщо одна із Договірних Сторін здійснює виплату сум своїм громадянам або товариствам на засаді гарантії інвестицій на території іншої Договірної Сторони, то ця Договірна Сторона, без завдання шкоди для прав першої Договірної Сторони, що випливають із статті 10 цієї Угоди визнаватиме на підставі закону або угоди передачу першій Договірній Стороні усіх прав або вимог цих громадян або товариств. Крім того, інша Договірна Сторона визнає вступ

tragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs darf nicht ungünstiger sein, als der Kurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsan-

gewehrter Vertragspartei in alle diese Rechte und Ansprüche (übertragene Rechte und Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Стаття 7

1. Перекази платежів, які вказані в пунктах 2 або 3 статті 4, а також у статтях 5 або 6, будуть здійснюватися терміново по курсу, що діє в даний момент.

2. Цей курс повинен бути не нижче крос-курсу, що впливає з тих розрахункових курсів, які Міжнародний валютний фонд взяв би за основу перерахунку відповідних валют у спеціальні права запозичення в момент здійснення платежів.

Стаття 8

1. Якщо із законодавства однієї Договірної Сторони або міжнародно-правових угод, що існують між Договірними Сторонами, разом з цією Угодою, або які будуть узгоджені в майбутньому, впливає загальне або спеціальне положення, відповідно до якого інвестиції громадян або товариств іншої Договірної Сторони користуються більш сприятливим режимом, ніж за цією Угодою, то таке положення буде мати перевагу перед положеннями цієї Угоди в тій частині, в якій воно більш сприятливе.

2. Кожна із Договірних Сторін буде дотримуватись інших зобов'язань, які вона прийняла на себе відносно до інвестицій громадян або товариств іншої Договірної Сторони на своїй території.

Стаття 9

Ця Угода діє також відносно інвестицій, які були здійснені громадянами або товариствами однієї Договірної Сторони у відповідності до законодавства іншої Договірної Сторони на її території ще до набуття чинності цієї Угоди.

Стаття 10

1. Суперечки між обома Договірними Сторонами про тлумачення або застосування цієї Угоди, по можливості, вирішуватимуться урядами обох Договірних Сторін.

2. Якщо суперечка не може бути врегульована таким шляхом, то за вимогою однієї із Договірних Сторін вона передається на вирішення до третейського суду.

3. Третейський суд створюється для кожного конкретного випадку, причому кожна Договірна Сторона призначає по одному члену третейського суду, і обидва члени третейського суду разом домовляються про кандидатуру громадянина третьої країни, як голови третейського суду, що призначається урядами обох Договірних Сторін. Члени третейського суду повинні бути призначені протягом двох місяців, Голова третейського суду - трьох місяців з моменту, коли одна із Договірних Сторін повідомить іншу Договірну Сторону про свої наміри передати суперечку на вирішення третейського суду.

4. Якщо строки, вказані в пункті 3 цієї Статті, не будуть витримані, то при відсутності іншої домовленості кожна із Договірних Сторін може звернутися до голови Міжнародного суду в Гаазі з проханням здійснити необхідні призначення. Якщо голова має громадянство однієї із Договірних Сторін або інша причина заважає йому здійснити призначення, то їх здійснить його заступник. У тому випадку, коли і заступник голови має громадянство однієї із Договірних Сторін, або коли і він не в змозі здійснити їх, то призначення здійснює наступний за чином

gehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend, vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

член Міжнародного суду, який не має громадянства однієї із Договірних Сторін.

5. Третейський суд виносить своє рішення більшістю голосів. Це рішення має обов'язкову силу. Кожна із Договірних Сторін несе витрати, пов'язані з діяльністю призначеного нею члена третейського суду, а також за своє представництво в арбітражному процесі; витрати, пов'язані з діяльністю голови третейського суду, а також інші витрати Договірні Сторони несуть в рівних частках. Третейський суд може домовитись про інше врегулювання питання про витрати. З інших питань третейський суд визначає порядок своєї роботи самостійно.

6. Якщо обидві Договірні Сторони є державами-сигнатаріями Конвенції про врегулювання суперечок між державами і громадянами інших держав відносно інвестицій від 18 березня 1965 р., то, враховуючи положення пункту 1 статті 27 даної Конвенції, неможливо звертатися до вказаного в цій статті третейського суду тому, що між громадянином або товариством однієї Договірної Сторони та іншою Договірною Стороною досягнута домовленість у відповідності до статті 25 Конвенції. Цим не заперечується можливість звернутися до зазначеного в цій статті третейського суду в разі недотримання рішення третейського суду, що діє у відповідності до вищезгаданої Конвенції (стаття 27), або у разі передачі прав на підставі закону або на засаді угоди відповідно до статті 6 цієї Угоди.

Стаття 11

1. Суперечки відносно інвестицій між однією Договірною Стороною і громадянином або товариством іншої Договірної Сторони по можливості повинні врегулюватися сторонами доброзичливо.

2. Якщо суперечка не може бути врегульована протягом шести місяців з моменту заяви про неї однією із сторін у суперечці, то за вимогою громадянина або товариства іншої Договірної Сторони вона передається на вирішення третейського суду. Якщо сторони в суперечці не домовляються про іншу процедуру, то слід відповідно застосовувати пункти 3-5 статті 10 цієї Угоди таким чином, щоб призначення членів третейського суду здійснювалось сторонами у суперечці у відповідності до пункту 3 статті 10 цієї Угоди, і щоб кожна сторона в суперечці - у випадку недотримання строку, вказаного в пункті 3 статті 10 цієї Угоди і при відсутності іншої домовленості - могла просити голову арбітражного суду Міжнародної торговельної палати в Парижі здійснити необхідні призначення. Рішення третейського суду доводиться до виконання у відповідності з національним законодавством.

3. Під час третейського розбору або виконання рішення третейського суду Договірна Сторона, що бере участь у суперечці, не буде висувати як аргумент того, що громадянин або товариство іншої Договірної Сторони одержали часткову або повну компенсацію за заподіяну шкоду на засаді страхування.

4. Якщо обидві Договірні Сторони є також державами-сигнатаріями Конвенції про врегулювання суперечок між державами і громадянами інших держав відносно інвестицій від 18 березня 1965 р., то зазначено в цій статті суперечки між сторонами, які брали участь в них, розглядатимуться в третейському суді у відповідності до вищезгаданої Конвенції за винятком тих випадків, відносно яких сторони у суперечці домовляються про іншу процедуру; цим кожна Договірна Сторона дає свою згоду на такий порядок.

Стаття 12

Ця Угода діє незалежно від наявності між Договірними Сторонами дипломатичних або консульських відносин.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Kiew am 15. Februar 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Стаття 13

1. Ця Угода підлягає ратифікації; обмін ратифікаційними грамотами відбудеться якомога швидше у м. Бонні.

2. Ця Угода набуває чинності через один місяць після дати обміну ратифікаційними грамотами. Вона діятиме протягом десяти років; після закінчення цього терміну чинність Угоди продовжується на необмежений строк, якщо жодна з Договірних Сторін не заявить у письмовій формі за дванадцять місяців до закінчення її дії про денонсацію цієї Угоди. Після 10 років ця Угода може бути денонсована в будь-який час за дотримання терміну денонсації у двадцять місяців.

3. Відносно інвестицій, здійснених до моменту припинення цієї Угоди, положення статей 1-12 будуть залишатися чинними протягом наступних двадцяти років з дня припинення дії Угоди.

Здійснено в м. Києві 15 лютого 1993 р. в двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, при цьому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За федеративну Республіку Німеччина
Kinkel

Für die Ukraine
За Україну
Pinseniuk

Protokoll

Протокол

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.
- b) Jede Vertragspartei kann auf der Grundlage des Prinzips der Meistbegünstigung besondere Bedingungen für die Erteilung der Zulassung von Kapitalanlagen in durch Gesetzgebung bestimmten Wirtschaftsbereichen festlegen.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich

При підписанні Угоди між федеративною Республікою Німеччина і Україною про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій нижчепідписані уповноважені також домовились про наступні положення, які є складовою частиною Угоди.

(1) До статті 1

- a) Прибутки від інвестицій, а також у випадку їх повторного вкладення прибутки від них, мають однаковий захист з інвестиціями.
- b) Без обмеження для інших процедур визначення громадянства громадянином однієї Договірної Сторони, зокрема, є будь-яка особа, яка має національний паспорт, виданий компетентними органами відповідної Договірної Сторони.

(2) До статті 2

- a) Ця Угода діє також на території виключної економічної зони та над континентальним шельфом, наскільки Міжнародне право дозволяє відповідній Договірній Стороні виконання суверенних прав чи повноважень стосовно цих територій.
- b) Базуючись на принципах найбільшого сприяння, кожна із Договірних Сторін може встановлювати спеціальні умови надання дозволу на інвестиції в окремі сфери господарської діяльності, що визначені її законодавством.

(3) До статті 3

- a) Термін „діяльність“ щодо пункту 2 статті 3 цієї Угоди слід розглядати, зокрема, але не винятково як управління та розпорядження інвестиціями, а також як їх застосування та використання. Словосполучення „менш сприятливий“ режим, що стосується статті 3 цієї Угоди, слід, зокрема, розглядати як обмеження у придбанні сировини та допоміжних матеріалів, енергії та палива, а також усіх видів засобів виробництва і оборотних коштів, перешкоди збуту продукції у державі та за її межами, а також інші заходи з аналогічними наслідками. Заходи, які здійснюються в інтересах громадської безпеки або громадського порядку, охорони здоров'я народу чи моральності не вважаються „менш сприятливим“ режимом, що стосується статті 3 цієї Угоди.
- b) Положення статті 3 цієї Угоди не зобов'язують Договірні Сторони поширювати податкові пільги, звільнення та знижки, які надаються згідно з податковим законодавством тільки фізичним особам та товариствам з місцем проживання або знаходження на її території, фізичним особам або товариствам з місцем проживання чи знаходження на території іншої Договірної Сторони.
- v) у рамках національного законодавства Договірні Сторони будуть доброзичливо розглядати заявки на в'їзд та перебування осіб однієї Договірної Сторони, які збираються приїхати на територію іншої Договірної Сторони у зв'язку з інвестиціями, це положення поширюється також на працюючих однієї Договірної Сторони, котрі у зв'язку з інвестиціями збираються приїхати на територію іншої Договірної Сторони та

dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden in gerechter und billiger Weise geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die für diese Kapitalanlage im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

(7) Mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine außer Kraft.

Geschehen zu Kiew am 15. Februar 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

знаходиться там з метою виконання трудової діяльності. Справедливо і рівноправно розглядатимуться також заявки на видання дозволу на роботу.

(4) До статті 4

Право вимоги компенсації існує також і в тому випадку, коли держава своїми заходами втручається у підприємство, що є предметом інвестицій і тим самим заподіює суттєву економічну шкоду.

(5) До статті 7

Переказ вважається виконаним "терміново" у відповідності до пункту 1 статті 7 цієї Угоди у тому випадку, якщо він виконується у межах тих строків, які при нормальних обставинах потребують для дотримання формальностей виконання переказу. Строк починається з моменту подання відповідного замовлення і ні в якому випадку не повинен перевищувати два місяці.

(6) При перевезенні вантажів та осіб у зв'язку з інвестиціями ні одна з Договірних Сторін не буде забороняти чи перешкоджати транспортним підприємствам іншої Договірної Сторони здійснювати транспортні операції і буде, у міру необхідності, видавати дозвіл на виконання цих перевезень. Сюди належать перевезення:

- a) вантажу, який передбачено безпосередньо для інвестицій згідно з цією Угодою, або придбаного для даної інвестиції на території однієї з Договірних Сторін або третьої держави підприємством чи за дорученням підприємства, до якого вкладені майнові цінності згідно з цією Угодою;
- b) осіб, які знаходяться у відрядженні у зв'язку з інвестиціями.

(7) З дня набуття чинності Угоди між федеративною Республікою Німеччина і Україною про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій у відношеннях між федеративною Республікою Німеччина і Україною втрачає чинність Договір Союзу Радянських Соціалістичних Республік і федеративної Республіки Німеччини про сприяння і взаємний захист інвестицій від 13 червня 1989 року.

Здійснено у м. Києві 15 лютого 1993 р. в двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, при цьому обидва тексти мають однакову силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За федеративну Республіку Німеччина
Kinkel

Für die Ukraine
За Україну
Pinseniuk

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Kiew, den 15. Februar 1993

Кабінет міністрів України
м. Київ

15 лютого 1993 р.

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 15. Februar 1993 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Ukraine, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Ukraine bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrags zu fördern, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an anwenden wird.

Diese Erklärung wird mit dem Ziel abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in der Ukraine schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags erwägen kann.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

An den
Minister für Auswärtige
Angelegenheiten der
Ukraine

Пане Міністре,

маю честь повідомити Вас, що Уряд України, бажаючи сприяти інвестиціям громадян або товариств Федеративної Республіки Німеччина на території України, ще до набуття чинності Угоди між Україною і Федеративною Республікою Німеччина про сприяння здійсненню і взаємний захист інвестицій, застосуватиме цю Угоду, починаючи від дня її підписання.

Ця заява приймається з метою, щоб Уряд Федеративної Республіки Німеччина зміг зважити гарантування інвестицій в Україні ще до набуття чинності цією Угодою.

Прийміть, пане Міністре, запевнення у моїй високій повазі.

Віце-прем'єр-міністр,
Міністр економіки України

Федеральному міністрові
закордонних справ Федеративної
Республіки Німеччина

Панові д-ру Клаусу Кінкелю

Gesetz
zu dem Vertrag vom 2. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 19. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 2. April 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Belarus
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Дагавор
паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія
і Рэспублікай Беларусь
аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Belarus –

Федэратыўная Рэспубліка Германія
і
Рэспубліка Беларусь,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, alle Formen der wirtschaftlichen Initiative, insbesondere im Bereich der privaten unternehmerischen Tätigkeit zu stärken und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Unternehmen und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

жадаючы паглыбляць эканамічнае супрацоўніцтва паміж дзвюма дзяржавамі на аснове раўнапраўя і ўзаемнай выгады,

імкнучыся стварыць спрыяльныя ўмовы для ажыццяўлення інвестыцый інвестараў адной дзяржавы на тэрыторыі іншай дзяржавы,

усведамляючы, што садзейнічанне ажыццяўленню і дагаворнай ахова гэтых інвестыцый могуць умацаваць усе формы эканамічнай ініцыятывы, у прыватнасці, у галіне прыватнай прадпрыемальніцкай дзейнасці, і памножыць дабрабыт абодвух народаў,

дамовіліся аб ніжэйпададзеным:

Артыкул 1

Для мэт дадзенага Дагавора:

1. тэрмін "інвестыцыі" ахоплівае ўсе віды маёмасных каштоўнасцей, у прыватнасці, але не выключна:
 - a) маёмасць у выглядзе рухомай і нерухомай маёмасці, а таксама іншыя маёмасныя правы, такія як іпатэчныя правы і правы залогу;
 - b) правы на долевы ўдзел і іншыя формы ўдзелу ў прадпрыемствах;
 - v) права патрабавання па грашовых сродках, выкарыстаных для стварэння эканамічных каштоўнасцей, ці паслугах, якія маюць эканамічную каштоўнасць;
 - г) правы інтэлектуальнай маёмасці, такія як, у прыватнасці, аўтарскія правы, патэнты, карысныя мадэлі, прамысловыя ўзоры і мадэлі, таварныя знакі, фірменныя назвы, вытворчыя і камерцыйныя тайны, тэхналогія, "ноў-хаў" і "гудвіл";
 - д) канцэсіі, уключаючы канцэсіі на разведку і здабычу прыродных рэсурсаў;

змяненне віду ўкладання маёмасных каштоўнасцей не закранае іх уласцівасці як інвестыцый;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
 3. bezeichnet der Begriff „Investor“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - natürliche Personen, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind,
 - Gesellschaften, das heißt jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - b) in bezug auf die Republik Belarus:
 - natürliche Personen, die gemäß dem Gesetz der Republik Belarus über die Staatsangehörigkeit Staatsangehörige der Republik Belarus und berechtigt sind, Kapitalanlagen vorzunehmen,
 - juristische Personen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Belarus haben, dort registriert sind und berechtigt sind, Kapitalanlagen vorzunehmen;
 4. umfaßt der Begriff „freier Transfer“:
 - a) Umtausch der in Landeswährung der Vertragspartei anfallenden Beträge in konvertierbare Währung und die anschließende Ausfuhr dieser Beträge in frei konvertierbarer Währung;
 - b) Ausfuhr von in frei konvertierbarer Währung als Ergebnis einer Wirtschaftstätigkeit anfallenden Geldbeträgen.
2. тэрмін "даходы" азначае сумы, атрыманыя за гэны перыяд у выніку інвестыцый, такія як долі прыбытку, дывідэнды, працэнты, ліцэнзійныя ці іншыя выплаты;
 3. тэрмін "інвестары" азначае:
 - a) у адносінах да Федэратыўнай Рэспублікі Германія:
 - фізічныя асобы, што з'яўляюцца немцамі ў адпаведнасці з Асноўным законам Федэратыўнай Рэспублікі Германія;
 - таварыствы, г.э. любая юрыдычная асоба ці гандлёвае таварыства, іншыя таварыствы ці аб'яднанні з правам юрыдычнай асобы ці без яго, з месцам размяшчэння на тэрыторыі Федэратыўнай Рэспублікі Германія, незалежна ад таго, накіраваная іх дзейнасць на атрыманне прыбытку ці не;
 - b) у адносінах да Рэспублікі Беларусь:
 - фізічныя асобы, якія з'яўляюцца грамадзянамі Рэспублікі Беларусь у адпаведнасці з Законам Рэспублікі Беларусь аб грамадзянстве і маюць права на ажыццяўленне інвестыцыйнай дзейнасці;
 - юрыдычныя асобы, якія размешчаны і зарэгістраваны на тэрыторыі Рэспублікі Беларусь і правамоцныя ажыццяўляць інвестыцыйную дзейнасць;
 4. тэрмін "свабодны трансфер" уключае:
 - a) абмен сум, якія атрыманы ў нацыянальнай валюце Дагаворнага Боку, у свабодна канверсаваную валюту і далейшы перавод гэтых сум у свабодна канверсаванай валюце;
 - b) перавод сум, якія атрыманы ў свабодна канверсаванай валюце ў выніку гаспадарчай дзейнасці.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu lassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitglied-

Артыкул 2

1. Кожны з Дагаворных Бакоў па меры магчымасці будзе садзейнічаць на сваёй тэрыторыі інвестыцыям інвестараў іншага Дагаворнага Боку і будзе дапускаць гэтыя інвестыцыі ў адпаведнасці са сваім заканадаўствам. Ён у кожным выпадку будзе абыходзіцца з інвестыцыямі са ўсёй справядлівасцю.

2. Ні адзін з Дагаворных Бакоў на сваёй тэрыторыі ніякім чынам не будзе абмяжоўваць інвестараў іншага Дагаворнага Боку ў кіраванні і распараджэнні іх інвестыцыямі, а таксама ў іх прымяненні і выкарыстанні шляхам прыняцця адвольных ці дыскрымінацыйных мер.

3. Інвестыцыі інвестараў аднаго Дагаворнага Боку, якія ажыццёўлены ў адпаведнасці з заканадаўствам іншага Дагаворнага Боку на яго тэрыторыі, знаходзяцца пад аховай дадзенага Дагавора.

Артыкул 3

1. Кожны з Дагаворных Бакоў забяспечвае на сваёй тэрыторыі ў адносінах да інвестыцый, якія знаходзяцца ў поўнай ці долевай уласнасці інвестараў іншага Дагаворнага Боку, рэжым не менш спрыяльны, чым у адносінах да інвестыцый уласных інвестараў ці інвестараў трэціх дзяржаў.

2. Кожны з Дагаворных Бакоў забяспечвае на сваёй тэрыторыі ў адносінах да інвестараў іншага Дагаворнага Боку ў тым, што датычыцца іх дзейнасці ў сувязі з інвестыцыямі, рэжым не менш спрыяльны, чым у адносінах да ўласных інвестараў ці інвестараў трэціх дзяржаў.

3. Гэты рэжым не распаўсюджваецца на льготы і прывілеі, якія адзін з Дагаворных Бакоў прадастаўляе інвестарам

schaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Auf Antrag des Investors werden die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsge-

трэціх дзяржаў у сувязі з яго ўдзелам у мытным ці эканамічным саюзе, агульным рынку ці зоне свабоднага гандлю ці ў сувязі з яго асацыяцыяй з імі.

4. Рэжым, які прадастаўляецца ў адпаведнасці з дадзеным Артыкулам, не распаўсюджваецца на льготы, якія адзін Дагаворны Бок прадастаўляе інвестарам трэціх дзяржаў на падставе пагаднення аб пазбяганні падвоенага падаткаабкладання ці іншых дамоўленасцей па падаткавых пытаннях.

Артыкул 4

1. Інвестыцыі інвестараў аднаго Дагаворнага Боку на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку карыстаюцца поўнай аховай і бяспекай.

2. Да інвестыцый інвестараў аднаго Дагаворнага Боку могуць быць прыняты меры па прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці іншых меры, аналагічныя па сваіх выніках прымусовай канфіскацыі ці нацыяналізацыі, на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку толькі ў грамадскіх інтарэсах і з выплатай кампенсацыі. Кампенсацыя павінна адпавядаць вартасці канфіскаваных інвестыцый, вызначанай непасрэдна перад момантам, калі афіцыйна стала вядома аб фактычна ажыццёўленых мерах ці якія могуць адбыцца па прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці мерах з аналагічнымі вынікамі. Кампенсацыя павінна выплачвацца неадкладна і да моманту яе выплаты на суму кампенсацыі налічваюцца банкаўскія працэнты ў адпаведнасці з дзеючай працэнтнай стаўкай; яна павінна быць свабодна трансферыруемай і свабодна выкарыстоўвацца. Не пазней моманту ажыццёўлення прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці меры, аналагічнай ім па свайму характару, павінен быць устаноўлены парадак вызначэння сумы і выплаты кампенсацыі. Правамернасць ажыццёўлення прымусовай канфіскацыі, нацыяналізацыі ці меры, аналагічнай ім па свайму характару, а таксама памер кампенсацыі разглядаюцца па патрабаванню інвестара ў адпаведных судовых інстанцыях.

3. Інвестарам аднаго Дагаворнага Боку, якія панеслі страты па сваіх інвестыцыях на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку з прычыны вайны ці іншых узброеных сутыкненняў, рэвалюцыі, надзвычайнага становішча ці бунту, будзе прадастаўлены гэтым Дагаворным Бокам рэжым не менш спрыяльны ў адносінах да пакрыцця страт, адступных сум, кампенсацыі ці іншых выплат, чым да ўласных інвестараў і інвестараў трэціх дзяржаў. Гэтыя сумы павінны быць свабодна трансферыруемымі.

Артыкул 5

Кожны з Дагаворных Бакоў гарантуе інвестарам іншага Дагаворнага Боку свабодны трансфер плацяжоў у сувязі з інвестыцыямі, у прыватнасці:

- a) капіталу і дадатковых сум для падтрымання ці павелічэння аб'ёму інвестыцый;
- b) даходаў;
- v) сум, якія выплачваюцца ў пагашэнне пазык;
- г) выручкі, якая ўзнікае ў сувязі з поўнай ці частковай ліквідацыяй ці продажам інвестыцый;
- д) кампенсацыі, якая прадугледжана ана ў артыкуле 4 дадзенага Дагавора.

Артыкул 6

Калі адзін з Дагаворных Бакоў ажыццёўляе выплату сум сваім інвестарам на падставе гарантыі інвестыцый, ажыццёўленых на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку, то гэты іншы Дагаворны Бок, не закранаючы праваў першага Дагаворнага Боку, што вынікаюць з артыкула 10 дадзенага Дагавора, будзе прызнаваць у сілу закона ці дагавора

schäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Dies schließt die Rechte des Investors nach diesem Vertrag mit ein.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3 oder Artikel 5 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Der Umtausch der Landeswährung der Vertragspartei in frei konvertierbare Währung erfolgt auf dem Devisenmarkt der Vertragspartei zu dem zu diesem Zeitpunkt dort geltenden Marktkurs.

(3) Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zu dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt nach seinem Inkrafttreten auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bit-

перадачу першаму Дагаворнаму Боку ўсіх правоў ці патрабаванняў гэтых інвестараў. Акрамя таго, іншы Дагаворны Бок прызнае ўступленне першага Дагаворнага Боку ва ўсе гэтыя правы ці патрабаванні (перададзеныя правы патрабавання), якія першы Дагаворны Бок мае права амыццяўляць у тым жа аб'ёме, што яго папярэднік па праву. Гэта ўключае і права інвестара ў адпаведнасці з дадзеным Дагаворам.

Артыкул 7

1. Трансфер плацяжоў, зазначаных у пунктах 2 або 3 артыкула 4 і ў артыкуле 5 будзе ажыццяўляцца неадкладна па адпаведным дзеючым курсе.

2. Абмен нацыянальнай валюты Дагаворнага Боку ў свабодна канверсаваную валюту ажыццяўляецца на яе валютным рынку па дзеючым на гэты момант рыначным курсе.

3. Гэты курс не павінен істотна адрознівацца ад сумацэльнага курса (cross rate), што вынікае з тых разліковых курсаў, якія Міжнародны валютны фонд узяў бы за аснову пераразліку адпаведных валют у спецыяльныя правы залатычання ў момант, зазначаны ў пункце 2 гэтага артыкула.

Артыкул 8

1. Калі з заканадаўства аднаго Дагаворнага Боку ці міжнародна-прававых пагадненняў, існуючых паміж Дагаворнымі Бакамі разам з дадзеным Дагаворам ці заключаных імі ў будучым, вынікае агульнае ці спецыяльнае палажэнне, згодна з якім інвестыцыі інвестараў іншага Дагаворнага Боку карыстаюцца больш спрыяльным рэжымам, чым па дадзенаму Дагавору, то такое палажэнне будзе мець перавагу над палажэннямі дадзенага Дагавора ў той частцы, у якой яно больш спрыяльнае.

2. Кожны з Дагаворных Бакоў будзе прытрымлівацца любога іншага абавязацельства, якое ён прыняў на сябе ў адносінах да інвестыцый інвестараў іншага Дагаворнага Боку на сваёй тэрыторыі.

Артыкул 9

Дадзены Дагавор дзейнічае пасля яго ўступлення ў сілу таксама ў адносінах да інвестыцый, якія былі ажыццяўлены інвестарамі аднаго Дагаворнага Боку ў адпаведнасці з заканадаўствам іншага Дагаворнага Боку на яго тэрыторыі яшчэ да ўступлення ў сілу дадзенага Дагавора.

Артыкул 10

1. Спрэчкі паміж абодвума Дагаворнымі Бакамі аб тлумачэнні ці прымяненні дадзенага Дагавора будуць вырашацца, па магчымасці, Урадамі абодвух Дагаворных Бакоў.

2. Калі спрэчка не можа быць урэгулявана такім шляхам, то па патрабаванні аднаго з Дагаворных Бакоў яна перадаецца на рашэнне трацэйскага суда.

3. Трацэйскі суд ствараецца для кожнага канкрэтнага выпадку, прычым кожны Дагаворны Бок назначае па аднаму члену трацэйскага суда, і абодва члены трацэйскага суда сумесна дамаўляюцца аб кандыдатуры грамадзяніна трэцяй дзяржавы, які Урадамі абодвух Дагаворных Бакоў прызначаецца ў якасці старшыні трацэйскага суда. Члены трацэйскага суда павінны быць назначаны на працягу двух месяцаў, а старшыня трацэйскага суда - на працягу трох месяцаў з моманту, калі адзін з Дагаворных Бакоў паведаміць іншаму Дагаворнаму Боку аб сваім намеры перадаць спрэчку на вырашэнне трацэйскага суда.

4. Калі тэрміны, зазначаныя ў пункце 3 дадзенага артыкула, не будуць вытрыманы, то пры адсутнасці іншай дамоўленасці кожны з Дагаворных Бакоў можа звярнуцца да

ten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst

(6) Mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, kann das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden. Sie können auf Verlangen des Investors dem zuständigen Gericht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist, unterbreitet werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

старшыні Міжнароднага суда ААН з просьбай ажыццявіць неабходныя прызначэнні. Калі старшыня мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў ці іншая прычына перашкаджае яму ажыццявіць прызначэнні, то гэтыя прызначэнні ажыццяўляюцца яго намеснікам. У тым выпадку, калі і намеснік старшыні мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў ці ён пазбаўлены магчымасці дзейнічаць, то прызначэнні ажыццявіць наступны па чыну член Міжнароднага суда, які не мае грамадзянства аднаго з Дагаворных Бакоў.

5. Трацейскі суд выносіць сваё рашэнне большасцю галасоў. Гэта рашэнне канчатковае і мае абавязковую сілу. Кожны з Дагаворных Бакоў нясе выдаткі, што звязаныя з дзейнасцю прызначанага ім члена трацейскага суда, а таксама па свайму прадстаўніцтву ў арбітражным працэсе; выдаткі, звязаныя з дзейнасцю старшыні трацейскага суда, а таксама іншыя выдаткі Дагаворных Бакоў нясуць у роўных долях. Трацейскі суд можа прыняць рашэнне аб іншым урэгуляванні пытання аб нясенні выдаткаў. Па ўсіх астатніх пытаннях трацейскі суд вызначае парадак свайго працы самастойна.

6. З улікам палажэнняў пункта 1 артыкула 27 Канвенцыі аб парадку вырашэння інвестыцыйных спрэчак паміж дзяржавамі і замежнымі асобамі ад 18 сакавіка 1965 года зварот да зазначанага ў дадзеным артыкуле трацейскага суда немагчымы ў тым выпадку, калі паміж інвестарам аднаго Дагаворнага Боку і іншым Дагаворным Бокам дасягнута дамоўленасць у адпаведнасці з артыкулам 25 Канвенцыі. Гэтым не закранаецца магчымасць звароту да зазначанага ў дадзеным артыкуле трацейскага суда ў выпадку невыканання рашэння трацейскага суда, які дзейнічае ў адпаведнасці з зазначанай Канвенцыяй (артыкул 27), або ў выпадку перадачы правоў у сілу закона ці на падставе палажэнняў артыкула 6 дадзенага Дагавора.

Артыкул 11

1. Спрэчкі адносна інвестыцый паміж адным Дагаворным Бокам і інвестарам іншага Дагаворнага Боку па магчымасці павінны рэгулявацца ўдзельнікамі спрэчкі дружэлюбным спосабам. Па патрабаванні інвестара яны могуць быць вынесены на разгляд адпаведнага суда таго з Дагаворных Бакоў, на тэрыторыі якога ажыццяўлена інвестыцыя.

2. Калі спрэчка не можа быць урэгулявана на працягу шасці месяцаў з моманту заявы аб ёй адным з бакоў, то па патрабаванні інвестара іншага Дагаворнага Боку яна перадаецца на рашэнне трацейскага суда. Калі бакі-удзельнікі спрэчкі не дамаўляюцца аб іншай працэдуры, то спрэчка будзе разглядацца ў трацейскім судзе ў адпаведнасці з Канвенцыяй аб парадку вырашэння інвестыцыйных спрэчак паміж дзяржавамі і грамадзянамі іншых дзяржаў ад 18 сакавіка 1965 г.

3. Рашэнне трацейскага суда мае абавязковую сілу і не падлягае ніякаму іншаму абскарджанню за выключэннем выпадкаў, што прадугледжаны названай Канвенцыяй. Рашэнне прыводзіцца ў выкананне ў адпаведнасці з нацыянальным заканадаўствам.

4. У час трацейскага разбору ці выканання рашэння трацейскага суда Дагаворны Бок, які ўдзельнічае ў спрэчцы, не будзе вылучаць у якасці аргумента тое, што інвестар іншага Дагаворнага Боку атрымаў частковую ці поўную кампенсацыю за панесеныя страты па дагаворы страхавання.

Артыкул 12

Дадзены Дагавор дзейнічае незалежна ад наяўнасці або адсутнасці паміж абодвума Дагаворнымі Бакамі дыпламатычных ці консульскіх адносін.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Minsk ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 2. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Артыкул 13

1. Дадзены Дагавор падлягае ратыфікацыі; абмен ратыфікацыйнымі граматамі будзе ажыццёўлены ў магчыма кароткі тэрмін у Мінску.

2. Дадзены Дагавор уступіць у сілу праз адзін месяц пасля абмену ратыфікацыйнымі граматамі. Ён будзе дзейнічаць на працягу дзесяці год. Калі ні адзін з Дагаворных Бакоў не паведаміць у пісьмовай форме аб дэнансацыі дадзенага Дагавора за дванаццаць месяцаў да сканчэння тэрміну яго дзеяння, дадзены Дагавор працягваецца на неабмежаваны тэрмін. Па сканчэнні дзесяці год дзеянне дадзенага Дагавора можа быць спынена ў любы час пры выкананні тэрміну дэнансацыі ў дванаццаць месяцаў.

3. У адносінах да інвестыцый, ажыццёўленых да моманту спынення дзеяння дадзенага Дагавора, палажэнні артыкулаў 1-12 будуць заставацца ў сіле на працягу далейшых дваццаці год з дня спынення дзеяння дадзенага Дагавора.

Учынена ў Боне 2 красавіка 1993 г., у двух аўтэнтычных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федэратыўную Рэспубліку Германія
Kastrup
Rexrodt

Für die Republik Belarus
За Рэспубліку Беларусь
Mjasnikowitsch

Protokoll

Працікол

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Eine Kapitalanlage ist dann entsprechend den Rechtsvorschriften der Republik Belarus vorgenommen, wenn sie ordnungsgemäß registriert ist.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikel 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Unternehmen gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertrags-

Пры падпісанні Дагавора паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб садзейнічання ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый уплываваныя, што падпісаліся ніжэй, таксама дамовіліся аб наступных палажэннях, якія з'яўляюцца састаўной часткай Дагавора.

1. Да артыкула 1

- a) Даходы ад інвестыцый і, у выпадку іх паўторнага ўкладання, даходы ад іх, карыстаюцца аховай у роўнай ступені з інвестыцыямі.
- b) Без ушчамлення для іншых працэдур вызначэння грамадзянства, грамадзянінам аднаго Дагаворнага Боку, у прыватнасці, лічыцца любая асоба, якая мае нацыянальны пашпарт, выдадзены кампетэнтнымі органамі адпаведнага Дагаворнага Боку.

2. Да артыкула 2

- a) Інвестыцыя лічыцца ажыццяўленай у адпаведнасці з заканадаўствам Рэспублікі Беларусь у тым выпадку, калі яна належным чынам зарэгістравана.
- b) Дадзены Дагавор дзейнічае таксама на тэрыторыі выключнай эканамічнай зоны і на кантынентальным шэльфе, наколькі Міжнароднае права дазваляе адпаведнаму Дагаворнаму Боку выкананне суверэнных правоў ці паўнамоцтваў у адносінах да гэтых тэрыторый.

3. Да артыкула 3

- a) У якасці „дзейнасці“ у сэнсе пункта 2 артыкула 3 дадзенага Дагавора патрэбна разглядаць, у прыватнасці, але не выключна, кіраванне і распараджэнне інвестыцыямі, а таксама іх прымяненне і выкарыстанне. У якасці „менш спрыяльнага“ рэжыму ў сэнсе артыкула 3 дадзенага Дагавора патрэбна, у прыватнасці, разглядаць: абмежаванне ў набыцці сыравіны і даламожных матэрыялаў, энергіі і паліва, а таксама ўсіх сродкаў вытворчасці і абаротных сродкаў, перашкоды збыту прадукцыі ўнутры краіны і за мяжой, а таксама іншыя меры з аналагічнымі вынікамі. Меры, якія прымаюцца ў інтарэсах грамадскай бяспекі і грамадскага парадку, аховы здароўя народа ці маралі, не лічацца „менш спрыяльным“ рэжымам у сэнсе артыкула 3 дадзенага Дагавора.
- b) Палажэнні артыкула 3 дадзенага Дагавора не абавязваюць Дагаворны Бок распаўсюджваць падаткавыя льготы, вызваленні і скідкі, якія прадастаўляюцца ў адпаведнасці з падаткавым заканадаўствам толькі фізічным асобам і прадпрыемствам з месцам жыхарства ці знаходжання на яго тэрыторыі, на фізічныя асобы або таварыствы з месцам жыхарства або знаходжання на тэрыторыі іншага Дагаворнага Боку.
- в) У рамках нацыянальнага заканадаўства Дагаворныя Бакі будуць добрамысліва разглядаць заяўкі на ўезд і знаходжанне асоб аднаго Дагаворнага Боку, якія збіраюцца прыехаць на тэрыторыю іншага Дагаворнага Боку ў сувязі з інвестыцыямі; дадзенае палажэнне распаўсюджваецца таксама на працоўных аднаго

partei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Der Investor hat Anspruch auf Entschädigung auch bei einer durch die andere Vertragspartei vorgenommenen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens, an dem er beteiligt ist, wenn dadurch seine Kapitalanlage erheblich beeinträchtigt ist. Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber zwischen dem Investor und der anderen Vertragspartei gelten die Bestimmungen des Artikels 11 entsprechend.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

(7) Mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 2. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Дагаворнага Боку, якія ў сувязі з інвестыцыямі збіраюцца прыехаць на тэрыторыю іншага Дагаворнага Боку і знаходзіцца там з мэтай выканання працоўнай дзейнасці. Добразычліва будуць разглядацца таксама заяўкі на выдачу дазволаў на працу.

4. Да артыкула 4

Інвестар мае права патрабавання кампенсацыі таксама і ў выпадках нанясення іншым Дагаворным Бокам страт гаспадарчай дзейнасці прадпрыемства з яго долевым удзелам, калі тым самым наносіцца істотная страта яго інвестыцыям. У выпадку ўзнікнення спрэчак па гэтых падставах паміж інвестарам і іншым Дагаворным Бокам дзейнічаюць адпаведна палажэнні артыкула 11.

5. Да артыкула 7

Трансфер лічыцца выкананым „неадкладна“ у сэнсе пункта 1 артыкула 7 дадзенага Дагавора ў тым выпадку, калі ён выконваецца ў межах таго тэрміну, які пры нармальных абставінах патрабуецца для выканання фармальнасцей па яго ажыццяўленню. Тэрмін пачынаецца з моманту падачы адпаведнай заяўкі і ні ў якім разе не павінен перавышаць два месяцы.

6. Пры перавозе грузаў ці асоб у сувязі з інвестыцыяй ні адзін з Дагаворных Бакоў не будзе забараняць ці перашкаджаць транспартным прадпрыемствам іншага Дагаворнага Боку ажыццяўляць транспартныя аперацыі і будзе, калі неабходна, выдаваць дазволы на выкананне гэтых перавозак.

7. З уступленнем у сілу Дагавора паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове інвестыцый Дагавор паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Саюзам Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік аб садзейнічанні ажыццяўленню і ўзаемнай ахове капіталаўкладанняў ад 13 чэрвеня 1989 года ў адносінах паміж Федэратыўнай Рэспублікай Германія і Рэспублікай Беларусь страчвае сілу.

Учынена ў Боне 2 красавіка 1993 г., у двух аўтэнтычных экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федэратыўную Рэспубліку Германія
Kastrup
Rexrodt

Für die Republik Belarus
За Рэспубліку Беларусь
Mjasnikowitsch

Gesetz
zu dem Vertrag vom 20. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen

Vom 19. Januar 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 20. April 1993 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. Januar 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Līgums
starp Vācijas Federatīvo Republiku
un Latvijas Republiku
par ieguldījumu veicināšanu un to abpusēju aizsardzību

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Lettland –

Vācijas Federatīvā Republika
un
Latvijas Republika,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

vēloties padziļināt ekonomisko sadarbību starp abām valstīm,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

tiecoties radīt labvēlīgus apstākļus vienas valsts ieguldītāju kapitāla ieguldījumiem otras valsts teritorijā,

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

apzinoties, ka šo ieguldījumu sekmēšana un aizsardzība ar līgumu ir piemērota privātās iniciatīvas aktivizēšanai un abu tautu labklājības vairošanai –

haben folgendes vereinbart:

ir vienojušās par sekojošo:

Artikel 1

1. pants

Für die Zwecke dieses Vertrags

Šī Līguma mērķiem:

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, wobei eine Änderung ihrer Form ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt läßt, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investoren“
 - a) natürliche Personen
 - in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

1. ar terminu „ieguldījumi“ saprot visa veida īpašumu, pie kam, tā formas maiņa īpaši nemaina ieguldījuma statusu, galvenokārt:
 - a) kustamais un nekustamais īpašums kā arī citas īpašuma tiesības, tādas kā hipotēkas un zemes tiesības;
 - b) tiesības uz daļas līdzdalību sabiedrībās un cita veida līdzdalība sabiedrībās;
 - c) tiesības pieprasīt naudas līdzekļus, kas ir ieguldīti, lai radītu ekonomiskas vērtības vai pakalpojumus, kam ir ekonomiska vērtība;
 - d) intelektuālā īpašuma tiesības, īpaši tādas kā autortiesības, patenti, lietderīgie paraugi vai modeļi, rūpnieciskie paraugi un modeļi, markas/firmas zīmes, tirdzniecības zīmes, uzņēmuma un biznesa noslēpumi, tehnoloģija, know-how un goodwill;
 - e) sabiedrisko tiesību koncesijas, ieskaitot tiesības uz izpēti un leguvi;
2. ar terminu „ienākumi“ saprot tās naudas summas, kas tiek iegūtas ieguldījuma rezultātā laika periodā, kā piemēram, peļņas daļu, dividendes, procentus, ieņēmumus no licencēm vai arī citas atīdzības;
3. ar terminu „ieguldītāji“ saprot
 - a) fiziskas personas
 - attiecībā uz Vācijas Federatīvo Republiku, vācieši VFR pamatlīguma ietvaros,

- in bezug auf die Republik Lettland:
ständige Einwohner der Republik Lettland im Sinne der Gesetzgebung der Republik Lettland,

b) **Gesellschaften**

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im jeweiligen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Dieser Vertrag findet auf Kapitalanlagen Anwendung, die in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei vorgenommen worden sind, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren gesetzlichen Bestimmungen zulassen. Solche Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(4) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt zugelassene Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit zugelassenen Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung

- attiecībā uz Latvijas Republiku,
Latvijas Republikas pastāvīgie iedzīvotāji Latvijas Republikas likumdošanas nozīmē.

b) **sabiedrības**

- katra juridiskā persona, kā arī tirdzniecības sabiedrība vai cita veida sabiedrība vai apvienība ar vai bez juridiskas personas tiesībām, kuras pastāvīgā atrašanās vieta ir attiecīgās līguma puses teritorijā, neatkarīgi no tā, vai tās darbība ir orientēta uz peļņas iegūšanu vai nē.

2. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse pēc iespējas sekmēs savā teritorijā otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus un rīkosies ar ieguldījumiem jebkurā gadījumā vienlīdzīgi un godprātīgi.

(2) Viena Līgumslēdzēja Puse savā teritorijā nekādā veidā ar patvaļīgiem vai diskriminējošiem pasākumiem neietekmēs otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumu pārvaldīšanu, pielietošanu, izmantošanu.

(3) Šis Līgums ir spēkā attiecībā uz tiem ieguldījumiem, kas ir veikti saskaņā ar tās Līgumslēdzējas Puses likumdošanu, kuras teritorijā ieguldījums ir veikts. Katra Līgumslēdzēja Puse pieļaus otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus savā teritorijā saskaņā ar savu likumdošanu. Šādi ieguldījumi bauda pilnu šī Līguma aizsardzību.

(4) Līgums ir spēkā arī ekonomiskajā zonā un kontinentālajā šelfā, tā kā attiecīgās Līgumslēdzējas Puses starptautiskās tiesības pieļauj realizēt savu jurisdikciju vai savas suverēnās tiesības šajos apgabalos.

3. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse nodrošina savā teritorijā atļautajiem ieguldījumiem, kas atrodas otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju īpašumā vai kontrolē ne mazāk izdevīgu režīmu, kāds tas ir savas valsts ieguldītāju ieguldījumiem vai trešās valsts ieguldītāju ieguldījumiem.

(2) Katra Līgumslēdzēja Puse piemēro otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem, attiecībā uz viņu darbību sakarā ar atļautajiem ieguldījumiem savā teritorijā, ne mazāk labvēlīgu attieksmi kā savas valsts ieguldītājiem vai trešās valsts ieguldītājiem.

(3) Šis režīms neattiecas uz privilēģijām, kuras viena Līgumslēdzēja Puse piešķir trešās valsts ieguldītājiem, kas izriet no līdzdalības muitas un ekonomiskajās savienībās, brīvās tirdzniecības zonā vai arī no līdzdalības tajās kā asociētai locekļiem.

(4) Šajā pantā nodrošinātā rīcība neattiecas uz privilēģijām, kuras viena Līgumslēdzēja Puse piešķir trešās valsts ieguldītājiem, kas izriet no līguma par izvairīšanos no divkāršās aplikšanas ar nodokļiem vai citām vienošanām, kas skar nodokļu jautājumus.

4. pants

(1) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumi bauda otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā pilnu aizsardzību un pilnu drošību.

(2) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumus drīkst atsavināt, nacionalizēt vai pakļaut citiem pasākumiem, kas savā darbībā līdzinās atsavināšanai, nacionalizācijai, otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā tikai vispārējās labklājības nolūkā un atsavināt tikai pret kompensāciju. Kompensācijai jāatbilst atsavinātajai ieguldījuma vērtībai, kas ir noteikta tieši pirms brīža, kad faktiski oficiāli kļuva zināms par īstenotiem vai paredzētiem nacionalizācijas vai līdzīga veida pasākumiem. Kompensācija ir jāizmaksā bez kavēšanās. Līdz kompensācijas izmaksas brīdim

muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- der Erträge;
- zur Rückzahlung von Darlehen;
- des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

kompensācijas summai tiek pieskaitīti procenti saskaņā ar pieņemto bankas procentu likmi; tai faktiski ir jābūt izmantojamai un brīvi pārvedamai. Vēlākais līdz atsavināšanai, nacionalizācijai vai līdzīga pasākuma brīdim atbilstoši ir jānodrošina kompensācijas noteikšana un realizēšana. Atsavināšanas, nacionalizācijas vai līdzīga veida pasākuma likumībai un kompensācijas lielumam ir jābūt fiksētam un pārbaudāmam likumdošanā noteiktajā kārtībā.

(3) Vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem, kuru ieguldījumi kara vai cita bruņota konflikta, revolūcijas, valsts katastrofāla stāvokļa vai nemieru rezultātā otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā cieš zaudējumus, atmaksāšanas, atkāpšanās naudas, kompensācijas vai citos līdzīgos jautājumos tiek nodrošināta ne mazāk labvēlīga attieksme kā savas valsts ieguldītājiem. Šādiem maksājumiem jābūt brīvi pārvedamiem.

(4) Attiecībā uz gadījumiem, kurus regulē šis pants, vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāji otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā bauda vislielāko labvēlības statusu.

5. pants

Katra Līgumslēdzēja Puse garantē otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem maksājumu, sakarā ar ieguldījumiem brīvu pārvedumu, proti:

- kapitālam un papildus summām/iemaksām, ieguldījumu uzturēšanai kārtībā vai to apjoma palielināšanai,
- ienākumiem no ieguldījumiem,
- aizdevumu atmaksām,
- summām, kas pienākas sakarā ar pilnīgu vai daļēju likvidāciju vai ieguldījumu pārdošanu
- kompensācijām, kas paredzētas dotā Līguma 4. pantā.

6. pants

Ja viena Līgumslēdzēja Puse otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā izmaksā kompensāciju saviem ieguldītājiem, pamatojoties uz ieguldījumu garantijām, tad šī otra Līgumslēdzēja Puse, nekārtējot pirmās Līgumslēdzējas Puses tiesībām, kas izriet no šī Līguma 10. panta, atzīs uz likuma vai līguma pamata par spēkā esošām visu ieguldītāja tiesību vai prasību nodošanu pirmajai Līgumslēdzējai Pusei.

Otra Līgumslēdzēja Puse tāpat arī atzīs to, ka pirmā Līgumslēdzēja Puse pārņem šīs tiesības vai prasības (cedētās prasības), kuras pirmā Līgumslēdzēja Puse ir tiesīga īstenot tādā pašā apmērā kā ieguldītājs. Attiecībā uz maksājumu pārvedumiem uz cedēto prasību pamata, atbilstoši, tiek pielietoti 4. panta 2. un 3. punkts un 5. pants.

7. pants

(1) Maksājumu pārvedumi notiek nekavējoši saskaņā ar 4. panta 2. vai 3. punktu, 5. pantu vai 6. pantu pēc dotā brīdī esošā kursa.

(2) Šim kursam ir jāatbilst „cross rate” kursam, kas izriet no tā pārrēķinu kursa attiecīgajām valūtām, ko veic Starptautiskais valūtas fonds brīdī, kad tiek izdarīti maksājuma pārrēķini konvertējamā valūtā.

8. pants

(1) Ja no vienas Līgumslēdzējas Puses likumdošanas vai starptautiskā tiesiskajām saistībām, kas blakus šim Līgumam pastāv vai nākotnē var tikt nodibinātas starp Līgumslēdzējām Pusēm, izriet vispārēja vai īpaša kārtība, ar kuru vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumiem tiek garantēts lielākas labvēlības statuss, nekā paredz šis Līgums, tad šai kārtībai ir priekšroka, ja tā ir labvēlīgāka.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags seit dem 1. Januar 1949 vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Investoren einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Katra Līgumslēdzēja Puse ievēros jebkuras citas saistības, kuras tā ir pāņēmusi savā teritorijā sakarā ar otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju ieguldījumiem.

9. pants

Šis Līgums ir spēkā arī attiecībā uz tiem ieguldījumiem, kurus ir izdarījuši vienas Līgumslēdzējas Puses ieguldītāji atbilstoši otras Līgumslēdzējas Puses likumdošanai tās teritorijā pirms šī Līguma stāšanās spēkā kopš 01. 01. 1949.

10. pants

(1) Strīdus jautājumi starp Līgumslēdzējām Pusēm par šī Līguma iztulkšanu vai pielietojumu pēc iespējas ir jārisina ar abu Līgumslēdzēju Pušu valdību starpniecību sarunu ceļā.

(2) Ja šis strīdus jautājums nevar tikt noregulēts šādā ceļā, tad tas, pēc vienas Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma, ir jānodod šķīrītiesai atrisināšanai.

(3) Šķīrītiesa tiek sasaukta katram gadījumam atsevišķi, pie kam katra Līgumslēdzēja Puse ieceļ vienu šķīrītiesas locekli un abi ieceļtie šķīrītiesas locekļi savstarpēji vienojas par trešās valsts pilsoņa kandidatūru kā priekšsēdētāju, kuru ieceļ abu Līgumslēdzēju Pušu valdības. Šķīrītiesas locekļi ir jāieceļ 2 mēnešu laikā, bet šķīrītiesas priekšsēdētājs 3 mēnešu laikā, pēc tam, kad pirmā Līgumslēdzēja Puse ir paziņojusi otrai Līgumslēdzējai Pusei par to, ka strīdus jautājumu iesniegs izskatīšanai šķīrītiesā.

(4) Ja netiek ievēroti 3. punktā noteiktie termiņi, tad, ja nav cita nolīguma, katrai no Līgumslēdzējām Pusēm ir tiesības griezties pie ANO Starptautiskās tiesas prezidenta ar lūgumu veikt nepieciešamo locekļu ieceļšanu. Gadījumā, ja prezidentam ir kādas no Līgumslēdzējas Puses pilsonība vai ir citi apstākļi, kas kavē pildīt šo pienākumu, tad locekļu ieceļšanu veic viceprezidents. Ja arī viceprezidentam ir vienas vai otras Līgumslēdzējas Puses pilsonība vai pastāv citi apstākļi, kas kavē veikt šo pienākumu, tad locekļu ieceļšanu veic pēc ranga nākošais šķīrītiesas loceklis, kuram nav vienas vai otras Līgumslēdzējas Puses pilsonības.

(5) Šķīrītiesa pieņem lēmumu ar balsu vairākumu. Tās lēmumi ir saistoši, un tiem ir obligāts raksturs. Katra no Līgumslēdzējām Pusēm sedz izdevumus, kas saistīti ar tās nozīmētā locekļa darbību, kā arī savu pārstāvēšanu šķīrītiesā, arī izdevumus, kas saistīti ar šķīrītiesā ieceltā priekšsēdētāja darbību, kā arī citi izdevumi, kurus abas puses apmaksā sadalot divās vienādās daļās. Šķīrītiesa var noteikt arī citu izdevumu segšanas kārtību. Visos pārējos jautājumos šķīrītiesa pati patstāvīgi nosaka savas darbības kārtību.

(6) Ja abas Līgumslēdzējas Puses ir arī 1965. gada 18. marta konvencijas par ieguldījumu strīdu izskatīšanu, starp valstīm un citu valstu pilsoņiem dalībnieces, tad saskaņā ar šīs konvencijas 27. panta 1. punktu, šķīrītiesa nav jāsasauca, ja starp vienas Līgumslēdzējas Puses un otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājiem saskaņā ar 25. pantu ir spēkā īpaša vienošanās. Iespēja sasaukt iepriekš paredzēto šķīrītiesu, gadījumā ja netiek ievērota minētās vienošanās šķīrītiesas lēmums (27. pants) vai likumā noteiktas tiesību pārtiecības gadījumā vai, pamatojoties uz šī līguma 6. panta noteikto, paliek spēkā.

11. pants

(1) Strīdus jautājumi attiecībā uz ieguldījumiem starp vienas Līgumslēdzējas Puses un otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāju, cik vien iespējams, jārisina draudzīgā ceļā.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiemit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas vārdā

Kinkel

Für die Republik Lettland
Latvijas Republikas vārdā

G. Andrejevs

(2) Ja strīdus jautājumu nevar atrisināt 6 mēnešu laikā no brīža, kad viena no Līgumslēdzējām Pusēm paziņoja par strīdu, tad to pēc otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītāja pieprasījuma nodod šķīrējtiesai. Gadījumā, ja strīdus puses nevienosies par ko citu, tad ir jāpiemēro šī Līguma 10. panta 3. līdz 5. punkts, saskaņā ar kuru šķīrējtiesas locekļu iecelšanu veic strīdus puses saskaņā ar 10. panta 3. punktu, un gadījumā, ja nepastāv citas vienošanās, tās var lūgt Parīzes Starptautiskās tirdzniecības palātas šķīrējtiesas prezidentu veikt nepieciešamo iecelšanu, gadījumā, ja netiek ievēroti 10. pantā 3. punktā noteiktie termiņi. Šķīrējtiesas lēmumu izpilda pēc valsts likumiem.

(3) Strīdā iesaistītā Līgumslēdzēja Puse tiesas procesa laikā vai arī šķīrējtiesas lēmuma izpildes laikā neizvirzīs kā argumentu to, ka otras Līgumslēdzējas Puses ieguldītājs ir saņēmis no apdrošināšanas daļēju vai pilnīgu kompensāciju par ciestajiem zaudējumiem.

(4) Gadījumā, ja abas Līgumslēdzējas Puses ir arī 1965. gada 18. marta konvencijas par ieguldījumu strīdu izskatīšanu, starp valstīm un citu valstu pilsoņiem dalībnieces, un strīdus jautājums, saskaņā ar šo pantu, tiek nodots izskatīšanai šķīrējtiesā saskaņā ar iepriekš minēto konvenciju, kas nozīmē, ka strīdus puses nonākušas pie citas vienošanās, tad katra Līgumslēdzēja Puse deklarē par savu piekrišanu šādai kārtībai.

12. pants

Šis Līgums ir spēkā, neatkarīgi no tā vai starp abām Līgumslēdzējām Pusēm pastāv diplomātiskās vai konsulārās attiecības.

13. pants

(1) Šim Līgumam ir nepieciešama ratifikācija; apmaiņa ar ratifikācijas dokumentiem tiks īstenota pēc iespējas īsākā laikā.

(2) Šis Līgums stājas spēkā 1 mēnesi pēc apmaiņas ar ratifikācijas dokumentiem. Līgums ir spēkā 10 gadus, pēc tā iztecēšanas tā darbība pagarinās uz neierobežotu laiku, ja neviena no Līgumslēdzējām Pusēm 12 mēnešus iepriekš rakstiski nepieprasīs Līguma denonsāciju. Pēc 10 gadu notecēšanas Līgumu var anulēt, 12 mēnešus iepriekš par to paziņojot rakstiskā formā.

(3) Attiecībā uz ieguldījumiem, kas ir izdarīti līdz brīdim, kad beidzas šī Līguma darbība, panti no 1. līdz 12. darbojas arī turpmākos 20 gadus no brīža, kad šis Līgums ir zaudējis spēku.

Noslēgts Bonnā, 1993. gada 20. aprīlī, divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Protokoll

Protokols

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung, ob eine natürliche Person Investor ist, gilt insbesondere jede natürliche Person als Investor, die ein von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestelltes nationales Personaldokument besitzt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Beschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage werden wohlwollend geprüft.

(3) Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch die in Artikel 4 genannten Maßnahmen das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, in seiner wirtschaftlichen Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Zu Artikel 5

- a) Während einer Übergangszeit bis zur Einführung einer nationalen Währung, aber nicht später als bis zum 31. Dezember

Parakstot Līgumu starp Vācijas Federatīvo Republiku un Latvijas Republiku par ieguldījumu veicināšanu un abpusēju aizsardzību, Līgumslēdzējas Puses bez tam vienojās par sekojošiem noteikumiem, kuri ir uzskatāmi par šī Līguma sastāvdaļu:

(1) 1. pantam

- a) Ienākumi no ieguldījuma un no tā tālākas ieguldīšanas, kā arī ienākumi no šā tālāk ieguldītā kapitāla bauda tādu pašu aizsardzību, kā paši ieguldījumi.
- b) Neaizskarot citas noteikšanas metodes, vai fiziskā persona ir ieguldītājs, par ieguldītāju uzskatāma katra fiziska persona, kurai ir attiecīgās Līgumslēdzējas Puses kompetentas iestādes izsniegts nacionālais personības dokuments.

(2) 3. pantam

- a) Ar „darbību“ 3. panta 2. punkta nozīmē ir jāsaprot ne tikai ieguldījumu pārvaldīšana, pielietošana, izmantošana. Ar „mazāk izdevīgu“ 3. pantā nozīmē ir jāsaprot atšķirīga kārtība, taču īpaši ierobežojumu gadījumā izejvielu un patīgmateriālu, enerģijas un degmateriālu iegādē, kā arī visa veida ražošanas un tehnisko līdzekļu iegādē, atšķirīga izturēšanās gadījumā, ja tiek likti šķēršļi attiecībā uz produkcijas realizāciju iekšzemē un ārzemēs, kā arī cita veida pasākumi ar līdzīgām sekām. Pasākumi, kas jāveic sabiedriskās kārtības un drošības dēļ, veselības aizsardzības nolūkā vai tikumisku apsvērumu dēļ, netiek uzskatīti par „mazāk izdevīgiem“ 3. panta nozīmē.
- b) 3. panta noteikumi neuzliek par pienākumu vienai Līgumslēdzējai Pusei nodrošināt nodokļu privilēģijas, atbrīvošanu no nodokļiem vai to samazināšanu personām, kurām pastāvīga dzīves vieta ir otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā, ja augšminētie atvieglojumi paredzēti tikai personām, kuru pastāvīga dzīves vieta ir pirmās Līgumslēdzējas Puses teritorijā.
- c) Saskaņā ar valsts likumdošanu Līgumslēdzējas Puses labvēlīgi pārbaudīs otras Līgumslēdzējas Puses personu iesniegumu par tās iebraukšanu un uzturēšanos pirmās teritorijā, ja tā ir saistīta ar ieguldījumiem; tas pats attiecas uz strādājošiem, kas vēlas iebraukt un uzturēties otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā, lai darbotos šeit kā darba ņēmējs saistībā ar ieguldījumiem. Arī pieprasījumi izsniegt darba atļauju, kas saistīta ar ieguldījumu, tiks godprātīgi pārbaudīti.

(3) 4. pantam

Tiesības prasīt kompensāciju pastāv arī tad, ja, 4. panta nozīmē, notiek lejaukšanās uzņēmuma, kas ir ieguldījuma objekts, darbībā, un līdz ar to būtiski tiek ietekmēta tā ekonomiskā substance.

(4) 5. pantam

- a) Pārejas periodā, līdz nacionālās valūtas ieviešanai, bet ne vēlāk kā līdz 31. 12. 1993. gadam, Latvijas Republika pieliks

1993, wird die Republik Lettland alle Anstrengungen unternehmen, die für den freien Transfer erforderlichen Devisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für den Transfer von Erträgen.

Unabhängig davon sind Entschädigungen nach Artikel 4 dieses Vertrags frei transferierbar.

- b) Nach Einführung einer nationalen Währung, oder nach Ablauf der oben genannten Übergangszeit gilt Artikel 5 uneingeschränkt.

(5) Zu Artikel 7

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Für die Republik Lettland wird der am Tage des Transfers anzuwendende Kurs von der Bank von Lettland festgelegt.

(6) Transportklausel

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, beziehungsweise, die sich im Zusammenhang damit wirtschaftlich betätigen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, wenn notwendig, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) die oben genannten Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

visas pūles, lai nodrošinātu brīvam pārvedumam, īpaši peļņas pārvedumiem, nepieciešamo konvertējamās valūtas daudzumu.

Neatkarīgi no iepriekšteiktā, 4. pantā minētās kompensācijas ir brīvi pārvedamas.

- b) Pēc nacionālās valūtas ieviešanas, vai arī pēc augšminētā pārejas perioda iztecēšanas, neierobežoti spēkā ir 5. pants.

(5) 7. pantam

- a) „Nekavējošs” 7. panta 1. punkta nozīmē ir pārvedums, kas tiek veikts tādā termiņā, kāds ir normāli nepieciešams pārveduma formalitātēm. Termiņš sākas ar attiecīga iesnieguma iesniegšanu un nekādā gadījumā nedrīkst pārsniegt divus mēnešus.
- b) Attiecībā uz Latvijas Republiku Latvijas Banka nosaka pārveduma operācijas dienā piemērojamo kursu.

(6) Transporta klauzula

Pārvadājot preces, kas ir saistītas ar ieguldījumiem, un personas, kuru saimnieciskā darbība ir saistīta ar ieguldījumiem, viena Līgumslēdzēja Puse neierobežos un neietekmēs otras Līgumslēdzējas Puses transportuzņēmumus un, ja nepieciešams, izsniegs atļaujas transportpārvadājumiem. Ar pārvadājumiem sa-prot:

- a) preces, kas ir domātas tieši ieguldījumam šī Līguma izpratnē, vai kuras ir iegādājies kāds uzņēmums, vai tās ir iegādātas kāda uzņēmuma uzdevumā, Līgumslēdzējas Puses vai trešās valsts teritorijā, un kuras ir īpašums šī Līguma nozīmē.
- b) augstāk minētās personas, kuru ceļojums ir saistīts ar ieguldījumiem.

Noslēgts Bonnā, 1993. gada 20. aprīlī, divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodās, pie kam abiem tekstiem ir vienāds spēks.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas vārdā
Kinkel

Für die Republik Lettland
Latvijas Republikas vārdā
G. Andrejews

Bonn, den 20. April 1993

Ministry for Foreign Affairs
Republic of Latvia

Bonna, 1993. gada 20. aprīlis

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Lettland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

G. Andrejevs
Außenminister der Republik Lettland

An den
Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. K. Kinkel
Bonn

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, 20. April 1993

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Lettland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Lettland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Lettland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

An den
Außenminister der
Republik Lettland
Herrn Georgs Andrejevs

Godājamais ministra kungs,

sakarā ar Līguma parakstīšanu par ieguldījumu veicināšanu un abpusēju aizsardzību starp Latvijas Republiku un Vācijas Federatīvo Republiku atļaujos Jums darīt zināmu sekojošo:

Latvijas Republikas Valdība, pieņemusi zināšanai, ka atbildīgās Vācijas iestādes var nodrošināt vācu ieguldītāju ieguldījumu veicināšanu Latvijā jau pirms Līguma stāšanās spēkā, provizoriski pielietos Līgumu no parakstīšanas dienas. Šis paskaidrojums tiek izteikts cerībā, ka Vācijas Federatīvās Republikas Valdība apsvērs ieguldījumu garantiju pārņemšanu Latvijā jau pirms Līguma stāšanās spēkā.

Pieņemiet, godājamais ministra kungs, manas cieņas visdziļāko apliecinājumu.

G. Andrejevs
Latvijas Republikas ārlietu ministrs

Vācijas Federatīvās Republikas ārlietu ministram
Dr. K. Kinkela kungam
Bonna

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das Verbot oder die Beschränkung
des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen,
die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können,
sowie der Protokolle zu diesem Übereinkommen**

Vom 17. November 1995

I.

Das Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), sowie die Protokolle I, II und III zu diesem Übereinkommen sind nach seinem Artikel 5 Abs. 2 und 4 für das

Vereinigte Königreich*) am 13. August 1995
in Kraft getreten.

Das Übereinkommen und seine Protokolle I und II sind ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Israel*) am 22. September 1995
Vereinigte Staaten*) am 24. September 1995.

*) Vgl. Abschnitt II.

II.

Das Vereinigte Königreich hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 13. Februar 1995 die folgenden Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

“(a) Generally

- (i) The term ‘armed conflict’ of itself and in its context denotes a situation of a kind which is not constituted by the commission of ordinary crimes, including acts of terrorism, whether concerted or in isolation.
- (ii) The United Kingdom will not, in relation to any situation in which it is involved, consider itself bound in consequence of any declaration purporting to be made for the purposes of Article 7 (4), unless the United Kingdom shall have expressly recognised that it has been made by a body which is genuinely an authority representing a people engaged in an armed conflict of the type to which that paragraph applies.
- (iii) The terms ‘civilian’ and ‘civilian population’ have the same meaning as in Article 50 of the 1st Additional Protocol of 1977 to the 1949 Geneva Conventions. Civilians shall enjoy the protection afforded by this Convention unless and for

„(a) Allgemein

- (i) Der Begriff ‚bewaffneter Konflikt‘ an sich und im Zusammenhang bezeichnet eine Situation einer Art, die nicht durch das Begehen gewöhnlicher Straftaten einschließlich terroristischer Handlungen herbeigeführt wird, gleichviel, ob diese gemeinschaftlich oder von einzelnen begangen werden.
- (ii) Das Vereinigte Königreich wird sich im Hinblick auf eine Situation, an der es beteiligt ist, nicht durch eine Erklärung als gebunden betrachten, die angeblich für die Zwecke des Artikels 7 Absatz 4 abgegeben wurde, sofern es nicht ausdrücklich anerkannt hat, daß sie von einer Stelle abgegeben wurde, die tatsächlich ein Organ ist, das ein Volk vertritt, welches in einen bewaffneten Konflikt der Art verwickelt ist, auf die jener Absatz Anwendung findet.
- (iii) Die Begriffe ‚Zivilperson‘ und ‚Zivilbevölkerung‘ haben dieselbe Bedeutung wie in Artikel 50 des Zusatzprotokolls I von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949. Zivilpersonen genießen den durch dieses Übereinkommen gewährten

such time as they take a direct part in hostilities.

(iv) Military commanders and others responsible for planning, deciding upon, or executing attacks necessarily have to reach decisions on the basis of their assessment of the information from all sources which is reasonably available to them at the relevant time.

(b) Re: Protocol II, Article 2; and Protocol III, Article 1

A specific area of land may be a military objective if, because of its location or other reasons specified in this Article, its total or partial destruction, capture or neutralisation in the circumstances ruling at the time offers a definite military advantage.

(c) Re: Protocol II, Article 3

In the view of the United Kingdom, the military advantage anticipated from an attack is intended to refer to the advantage anticipated from the attack considered as a whole and not only from isolated or particular parts of the attack.

(d) Re: Protocol III, Article 2

The United Kingdom accepts the provisions of Article 2 (2) and (3) on the understanding that the terms of those paragraphs of that Article do not imply that the air-delivery of incendiary weapons, or of any other weapons, projectiles or munitions, is less accurate or less capable of being carried out discriminately than all or any other means of delivery."

Schutz, sofern und solange sie nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen.

(iv) Militärische Führer und andere Personen, die für Planung, Entscheidung oder Durchführung von Angriffen verantwortlich sind, müssen Entscheidungen notwendigerweise aufgrund der Beurteilung von Informationen aus jeder Quelle treffen, über die sie zu dem betreffenden Zeitpunkt in zumutbarer Weise verfügen.

(b) Zu Protokoll II Artikel 2 und Protokoll III Artikel 1

Ein bestimmter Geländebereich kann ein militärisches Ziel sein, wenn aufgrund seiner Lage oder aus anderen in dem Artikel genannten Gründen seine gänzliche oder teilweise Zerstörung, Inbesitznahme oder Neutralisierung unter den zu dem betreffenden Zeitpunkt gegebenen Umständen einen eindeutigen militärischen Vorteil darstellt.

(c) Zu Protokoll II Artikel 3

Nach Auffassung des Vereinigten Königreichs ist unter dem von einem Angriff erwarteten militärischen Vorteil der von dem Angriff insgesamt, nicht aber nur der von einzelnen Teilaktionen erwartete militärische Vorteil zu verstehen.

(d) Zu Protokoll III Artikel 2

Das Vereinigte Königreich nimmt Artikel 2 Absätze 2 und 3 mit der Maßgabe an, daß diese Bestimmungen nicht bedeuten, daß ein Einsatz von Brandwaffen oder anderen Waffen, Geschossen oder Kampfmitteln aus der Luft weniger genau ist oder weniger gezielt erfolgen kann als andere Arten des Einsatzes."

Israel hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 22. März 1995 die folgenden Erklärungen und Auslegungserklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

„1. Declarations:

(a) With reference to the scope of application defined in Article 1 of the Convention, the Government of the State of Israel will apply the provisions of the Convention and those annexed Protocols to which Israel has agreed to become bound to all armed conflicts involving regular armed forces of States referred to in Article 2 common to the Geneva Conventions of 12 August 1949, as well as to all armed conflicts referred to in Article 3 common to the Geneva Conventions of 12 August 1949.

(b) Article 7, Paragraph 4 of the Convention will have no effect.

„1. Erklärungen

a) Mit Bezug auf den in Artikel 1 des Übereinkommens festgelegten Anwendungsbereich wird die Regierung des Staates Israel das Übereinkommen und die dazugehörigen Protokolle, hinsichtlich deren Israel zugestimmt hat, gebunden zu sein, auf alle in dem den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 gemeinsamen Artikel 2 bezeichneten bewaffneten Konflikte, an denen reguläre Streitkräfte von Staaten beteiligt sind, sowie auf alle in dem den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 gemeinsamen Artikel 3 bezeichneten bewaffneten Konflikte anwenden.

b) Artikel 7 Absatz 4 des Übereinkommens ist unwirksam.

(c) The application of this Convention will have no effect on the legal status of the parties to a conflict.

2. Understandings:

(a) It is the understanding of the Government of the State of Israel that the compliance of commanders and others responsible for planning, deciding upon, or executing attacks to which the Convention and its Protocols apply, cannot be judged on the basis of information which subsequently comes to light, but must be assessed on the basis of the information available to them at the time that such actions were taken.

(b) With respect to Protocol I, it is the understanding of the Government of Israel that the use of plastics or similar materials for detonators or other weapon parts not designed to cause injury is not prohibited.

(c) With respect to Protocol II it is the understanding of the Government of Israel that:

(i) Any obligation to record the location of remotely delivered mines pursuant to sub-paragraph 1 (a) of Article 5 refers to the location of minefields and not to the location of individual remotely delivered mines;

(ii) The term pre-planned, as used in sub-paragraph 1 (a) of Article 7 means that the position of the minefield in question should have been determined in advance so that an accurate record of the location of the minefield, when laid, can be made."

c) Die Anwendung dieses Übereinkommens hat keine Wirkung auf die Rechtsstellung der an einem Konflikt beteiligten Parteien.

2. Auslegungserklärungen

a) Nach dem Verständnis der Regierung des Staates Israel kann die Frage, ob militärische Führer und andere für die Planung, den Beschluß oder die Durchführung von Angriffen, auf die das Übereinkommen und seine Protokolle anwendbar sind, Verantwortliche deren Bestimmungen einhalten, nicht auf der Grundlage von Informationen beurteilt werden, die nachträglich bekannt werden, sondern muß auf der Grundlage von Informationen bewertet werden, die ihnen zu der Zeit der Durchführung solcher Maßnahmen zur Verfügung standen.

b) Im Hinblick auf Protokoll I ist nach dem Verständnis der Regierung von Israel die Verwendung von Kunststoffen oder ähnlichen Stoffen für Zündvorrichtungen oder andere Waffenteile, die nicht zur Verursachung von Verletzungen bestimmt sind, nicht verboten.

c) Im Hinblick auf Protokoll II

i) bezieht sich nach dem Verständnis der Regierung von Israel die Verpflichtung nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a, den Standort fernverlegter Minen aufzuzeichnen, auf die Lage von Minenfeldern und nicht auf den Standort einzelner fernverlegter Minen;

ii) bedeutet nach dem Verständnis der Regierung von Israel der in Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a verwendete Begriff vorgeplant, daß die Lage des betreffenden Minenfelds im voraus bestimmt sein sollte, damit eine genaue Aufzeichnung der Lage des Minenfelds, wenn es verlegt wird, gemacht werden kann."

Die Vereinigten Staaten haben bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde am 24. März 1995 einen Vorbehalt, eine Erklärung und zwei Auslegungserklärungen abgegeben, die nachstehend veröffentlicht werden:

(Übersetzung)

"(1) Reservation

Article 7 (4) (b) of the Convention shall not apply with respect to the United States.

(2) Declaration

The United States declares, with reference to the scope of application defined in Article 1 of the Convention, that the United States will apply the provisions of the Convention, Protocol I, and Protocol II to all armed conflicts referred to in Articles 2 and 3 common

„(1) Vorbehalt

Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe b des Übereinkommens findet auf die Vereinigten Staaten keine Anwendung.

(2) Erklärung

Die Vereinigten Staaten erklären im Hinblick auf den in Artikel 1 des Übereinkommens festgelegten Anwendungsbereich, daß sie das Übereinkommen, Protokoll I und Protokoll II auf alle bewaffneten Konflikte anwenden werden, die in den den Genfer Abkom-

to the Geneva Conventions for the Protection of War Victims of August 12, 1949.

(3) Understanding

The United States understands that Article 6 (1) of Protocol II does not prohibit the adaptation for use as booby-traps of portable objects created for a purpose other than as a booby-trap if the adaptation does not violate paragraph (1) (b) of the Article.

(4) Understanding

The United States considers that the fourth paragraph of the preamble to the Convention, which refers to the substance of provisions of Article 35 (3) and Article 55 (1) of Additional Protocol I to the Geneva Conventions for the Protection of War Victims of August 12, 1949, applies only to States which have accepted those provisions."

men vom 12. August 1949 zum Schutz der Kriegsoffer gemeinsamen Artikeln 2 und 3 bezeichnet sind.

(3) Auslegungserklärung

Nach dem Verständnis der Vereinigten Staaten verbietet es Artikel 6 Absatz 1 des Protokolls II nicht, bewegliche Gegenstände, die für einen anderen Zweck geschaffen wurden, zum Einsatz als Sprengfalle einzurichten, wenn die Einrichtung nicht gegen Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b verstößt.

(4) Auslegungserklärung

Nach dem Verständnis der Vereinigten Staaten findet Absatz 4 der Präambel des Übereinkommens, der sich auf den Inhalt von Bestimmungen des Artikels 35 Absatz 3 und des Artikels 55 Absatz 1 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutz der Kriegsoffer bezieht, nur auf die Staaten Anwendung, die diese Bestimmungen angenommen haben."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1995 (BGBl. II S. 684).

Bonn, den 17. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland**

Vom 6. Dezember 1995

Das Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (BGBl. 1959 II S. 149) ist nach seinem Artikel 14 Abs. 2 für

Uruguay am 18. Oktober 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. November 1994 (BGBl. II S. 3838).

Bonn, den 6. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung**

Vom 7. Dezember 1995

Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. Oktober 1985 (BGBl. 1987 II S. 65) ist nach ihrem Artikel 15 Abs. 3 für

Bulgarien am 1. September 1995
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung in Kraft getreten:

(Übersetzung)

«La République de Bulgarie se considère comme liée par tous les paragraphes de la partie I de la Charte européenne, à l'exception de l'article 7, paragraphe 2.»

„Die Republik Bulgarien betrachtet sich durch alle Absätze des Teiles I der Europäischen Charta mit Ausnahme des Artikels 7 Absatz 2 als gebunden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. April 1995 (BGBl. II S. 416).

Bonn, den 7. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
des deutsch-malawischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. Dezember 1995

Das in Lilongwe am 14. November 1995 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über
Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 14. November 1995

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Dezember 1995

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Malawi
über Finanzielle Zusammenarbeit
(„Ressourcenschutz Nyika und Vwaza Marsh“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Malawi –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ma-
lawi,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Republik Malawi beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Protokolle der Regierungsverhand-
lungen vom 22. Juni 1994, Ziffer 3.2.4 und vom 20. Juni 1995,
Ziffer 3.3.1 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Malawi, von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt am Main, wenn nach Prüfung die Förde-
rungswürdigkeit festgestellt worden ist, für das Vorhaben „Res-

sourcenschutz Nyika und Vwaza Marsh“ einen Finanzierungsbei-
trag von DM 11 100 000,- (in Worten: elf Millionen einhunderttau-
send Deutsche Mark) für die Investitionen und einen Finanzie-
rungsbeitrag von 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deut-
sche Mark) für die Begleitmaßnahme zu erhalten.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Malawi durch andere Vorhaben
ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Be-
dingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie
das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der
Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzie-
rungsbeiträge zu schließende Vertrag, der den in der Bundesre-
publik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Malawi stellt die Kreditanstalt für
Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen
Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der
Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik
Malawi erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Malawi überläßt bei den sich aus
der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transpor-
ten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passa-

gieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finan-

zierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lilongwe am 14. November 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
U. Nitzschke

Für die Regierung der Republik Malawi
Aleke K. Banda

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

Vom 8. Dezember 1995

Der Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (BGBl. 1974 II S. 785) ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Chile	am	25. Mai 1995
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	14. April 1995
Republik Palau	am	14. April 1995
Turkmenistan	am	29. September 1994.

Chile hat seine Beitrittsurkunde am 25. Mai 1995, die Föderierten Staaten von Mikronesien und die Republik Palau haben ihre Beitrittsurkunden am 14. April 1995 und Turkmenistan hat seine Beitrittsurkunde am 29. September 1994 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Oktober 1995 (BGBl. II S. 984).

Bonn, den 8. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 11. Dezember 1995

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Antigua und Barbuda am 6. Dezember 1995
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung, wonach Antigua und Barbuda nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 des Abkommens die in Artikel 1 Abschnitt A enthaltenen Worte

(Übersetzung)

"events occurring before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind"

im dem Sinne versteht, daß es sich um

(Übersetzung)

"events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind"

handelt,

in Kraft getreten.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Antigua und Barbuda am 7. September 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. September 1995 (BGBl. II S. 880).

Bonn, den 11. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**

Vom 12. Dezember 1995

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569) wird nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Usbekistan am 28. Dezember 1995
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. September 1995 (BGBl. II S. 928).

Bonn, den 12. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame,
unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Vom 12. Dezember 1995

Das VN-Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 1990 II S. 246) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Usbekistan am 28. Oktober 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Oktober 1995 (BGBl. II S. 984).

Bonn, den 12. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 14,45 DM (12,40 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 15,45 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins

Vom 14. Dezember 1995

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 27. Juli 1984 (BGBl. 1986 II S. 201)

1. das Dritte Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins
3. der Weltpostvertrag
4. das Postpaketabkommen
5. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen
6. das Postgiroabkommen
7. das Postnachnahmeabkommen
8. das Postauftragsabkommen
9. das Postsparkassenabkommen
10. das Postzeitungsabkommen

sind für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Ecuador	am 18. September 1995, Nr. 1
Seychellen	am 12. September 1995, Nr. 1

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Juni 1995 (BGBl. II S. 535).

Bonn, den 14. Dezember 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann